

Zwischen Verdrängung und Dramatisierung

Zur Wissenssoziologie der Armut in der bundesrepublikanischen Gesellschaft

Von Lutz Leisering

1. Armut wissenssoziologisch betrachtet¹⁾

Im Zuge der deutschen Einigung ist Armut in Deutschland wieder zu einem Thema geworden. Hatte die anhaltende Arbeitslosigkeit schon in den 80er Jahren zur Entdeckung der „neuen Armut“ geführt, so erhält das Problem durch die Betroffenheit eines ganzen Landesteils eine neue Dimension. In der Zukunft kann damit gerechnet werden, daß der gesellschaftspolitische Stellenwert von Armut weiter zunehmen wird. Hierzu tragen bereits heute die Armutswanderungen aus den zerfallenden osteuropäischen Ländern, aber auch die neuen regional- und sozialpolitischen Fragen bei, die sich im Zuge des (west-)europäischen Einigungsprozesses stellen. Es scheint, als ob eine lange Zeit der Verdrängung von Armut in der politischen Öffentlichkeit ein Ende gefunden habe. Die aktuelle „Karriere“ des Armutproblems soll hier zum Anlaß genommen werden, Rückschau zu halten, wie die bundesrepublikanische Gesellschaft in den vier zurückliegenden Jahrzehnten mit diesem ungeliebten Thema umgegangen ist.

Soziale Ungleichheiten sind immer schon Gegenstand sozialer Kämpfe und öffentlicher Dispute gewesen. Die vertikale ökonomische Ungleichheit, die für entwickelte moderne Gesellschaften charakteristisch ist, wird dabei jedoch zumindest im bundesrepublikanischen politischen Diskurs nicht grundsätzlich in Frage gestellt. Sie gilt den großen gesellschaftlichen Gruppen quer durch alle Schichten und politischen Lager als prinzipiell legitim, ja erhaltenswert (*Glatzer 1978*), wobei Legitimationsformeln wie „Leistungsgesellschaft“ oder, in Teilbereichen wie z. B. der sozialen Sicherung, „lohnbezogene Rente“ herangezogen werden, um sozialer Ungleichheit eine positive Konnotation zu verleihen. Anders ist es mit Armut bestellt, jener extremen Ausprägung materieller und sozialer Ungleichheit. Armut bezeichnet dasjenige untere Segment des Ungleichheitsspektrums, das gesellschaftlich und politisch als inakzeptabel und zu beseitigen oder doch abzumildern gilt.²⁾

Die Vermeidung des Wortes „Armut“, die in der bundesrepublikanischen politischen Öffentlichkeit stärker ausgeprägt ist als z. B. in Großbritannien, verweist allerdings schon darauf, daß es sich hierbei um einen Grenzbereich der Gesellschaft handelt, eine dunkle Zone inmitten der „Wohlstandsgesellschaft“, der ungern ins Auge gesehen wird. In der sozialwissenschaftlichen Literatur zu Armut wird denn auch regelmäßig festgestellt, daß Armut in der Bundesrepublik Deutschland ignoriert, verdrängt werde³⁾, eine Aussage, der man prima facie nicht widersprechen kann. Es fragt sich jedoch — und dies soll die Leitfrage der folgenden wissenssoziologischen Untersuchung sein — ob der Umgang der bundesrepublikanischen Gesellschaft mit dem Armutsthema durch den Begriff „Verdrängung“ zureichend beschrieben ist oder ob in

¹⁾ Ich danke Petra Buhr, Stephan Leibfried und vor allem Gerd Gockenjan und Monika Ludwig für hilfreiche Kommentare zu früheren Fassungen dieses Beitrags.

²⁾ Es war besonders Thomas Humphrey Marshall (1981), der die Differenz der Kategorien Armut und Ungleichheit im Hinblick auf politische Legitimität und gesellschaftliche Funktionalität herausgearbeitet hat.

³⁾ Explizit z. B. bei Colla (1974, S. 19f.); in jüngerer Zeit z. B. bei Döring u. a. (1990, S. 10).

komplexen Gesellschaften nicht verwickeltere Formen und Mechanismen der Reflektion sozialer Schattenbereiche erwartbar sind.

Zwei Theorieangebote bzw. begriffliche Bezugsrahmen aus der politischen Soziologie bieten sich zur Analyse dieser Fragestellung an. Zum einen ist dies die sogenannte „*Theorie sozialer Probleme*“, die sich (nach Vorläufern in den 30er, 40er und 50er Jahren) und bisher selten — in der deutschen Literatur gar nicht — auf das soziale Problem „Armut“ angewendet worden ist.⁴⁾ Dieser Theorieansatz geht davon aus, daß soziale Probleme sozial definiert und „konstruiert“ werden, und verlegt daher den Schwerpunkt der Analyse sozialer Probleme auf Prozesse der Entstehung und Aushandlung von Deutungen und Wissen durch gesellschaftliche Akteure. In der reinen konstruktivistischen Version wird jeglicher Rückbezug auf „objektive“ soziale Zustände, die gesellschaftlichen Problemdefinitionen zugrunde liegen, verweigert. Zuletzt hat *Haferkamp* (1987, S. 123) diese Beschränkung auf ein „kultursoziologisches Programm“ kritisiert, die bereits seit den frühen 70er Jahren Gegenstand einer bis heute nicht abgeschlossenen Debatte zwischen „Konstruktivisten“ und „Realisten“ ist. Allerdings hatte schon *Rains* (1975) anhand einer methodologischen Analyse nachgewiesen, daß „gemäßigte“ Versionen der Theorie sozialer Probleme konsistent begründbar sind, die einen konstruktivistischen Reduktionismus vermeiden, ohne in einen naiven Objektivismus zurückzufallen. Wir gehen im folgenden von einer derartigen Position aus, ohne sie im einzelnen methodologisch abzuleiten. Der Begriff „Verdrängung“ wäre in konstruktivistischer Perspektive nicht einmal formulierbar, da er eine Differenz von Diskurs und „objektivem“ Substrat unterstellt.

Das zweite theoretische Angebot der politischen Soziologie, das Konzept der „*Wohlfahrtskultur*“ oder auch „sozialpolitischen Kultur“, ist jüngerer Datums (s. z. B. *Kaufmann* 1991). Als Forschungsprogramm verstanden, fordert der Begriff eine Thematisierung der bislang vernachlässigten kulturellen — ideellen und normativen — Dimension staatlicher Wohlfahrtspolitik ein. Ohne etwa den Einfluß von Interessen leugnen zu wollen, basiert der Ansatz auf der Annahme, daß kulturelle Kräfte neben und in Verbindung mit Interessen wirksam sind, und daß ohne sie sozialpolitische Prozesse nicht zureichend verstehbar seien. Da das Phänomen Armut, wie noch darzulegen sein wird, in besonderer Weise Emotionen und sensible soziale Grundüberzeugungen von Menschen anspricht, verspricht der Begriff der Wohlfahrtskultur, für eine Analyse des Umgangs fortgeschrittener Wohlfahrtsstaaten mit Armut instruktiv zu sein.

Im folgenden werden zunächst die allgemeinen Kategorien der Theorie sozialer Probleme auf das Armutproblem angewandt (Abschnitt 2). Sodann wird die öffentliche Wahrnehmung und Thematisierung von Armut in vier Jahrzehnten Bundesrepublik historisch-soziologisch rekonstruiert, wobei es vor allem um eine Prüfung der These einer durchgängigen Verdrängung von Armut geht (Abschnitt 3). In Abschnitt 4 werden Verdrängung *und* Dramatisierung als wesentliche Elemente des Diskurses besonders seit den 70er Jahren identifiziert und mit dem Wirksamwerden unterschiedlicher „Wohlfahrtskulturen“ in Verbindung gebracht. Abschnitt 5 stellt den Beitrag der dyna-

⁴⁾ Zur Rezeption im deutschen Sprachraum s. maßgeblich Albrecht (1977) sowie Haferkamp (1987).

⁵⁾ Ansätze beispielsweise bei Nowotny (1982). In bezug auf spezifische Teilgruppen der Armut wie Obdachlose und Nichtseßhafte war allerdings eine spezielle Version der Theorie sozialer Probleme, der *labeling approach*, in der deutschen Randgruppenforschung der 70er Jahre und zum Teil noch danach verbreitet (s. u. Abschnitt 4).

mischen, lebenslauforientierten Armutsforschung, die sich seit Ende der 80er Jahre formiert, zu einem neuen, wissenschaftlichen Armutsbild dar. Im abschließenden Abschnitt 6 wird versucht, den verdrängenden wie den dramatisierenden Umgang mit Armut im Zusammenhang zu erklären und seine Rolle und Wandlungsfähigkeit in Situationen gesellschaftlichen Umbruchs zu analysieren.

Der Aufsatz versucht zu zeigen, daß es neben der global zu konstatierenden Verdrängung von Armut auch eine aktive Thematisierung und sogar eine Dramatisierung gab und gibt, und daß der neue, erst allmählich öffentlich wahrgenommene dynamische Ansatz der Armutsforschung ein neues Bild der Armut zeichnet, das in kritischer Weise sowohl über dramatisierende als auch verdrängende Problembeschreibungen hinausführt. Zugleich wird untersucht, warum der bundesrepublikanische politische Diskurs zwischen Verdrängung und Dramatisierung verharrt und welche Möglichkeiten der Wahrnehmung der gewandelten Realität der Armut in einer sich wandelnden Gesellschaft bestehen.

2. Armut als soziales Problem

Soziale Probleme wie Arbeitslosigkeit, Jugendkriminalität, Drogensucht usw. unterliegen „Karrieren“. Es gibt Zeiten, in denen sie im Brennpunkt des öffentlichen Interesses stehen, und andere Zeiten, in denen es still um sie wird, ohne daß sich am realen Ausmaß des jeweiligen Problems etwas geändert haben muß. Z. B. ebte die Debatte zur Arbeitslosigkeit in den späten 80er Jahren ab, obwohl die objektive Problemlage weitgehend unverändert blieb. Auch die herrschenden „Bilder“ eines sozialen Problems — d. h. die Annahmen, wie das Problem beschaffen sei, wer primär von ihm betroffen ist, welche Ursachen es hat usw. — spiegeln nicht notwendig reale Gegebenheiten wider. Dieser eigentlich recht triviale Sachverhalt ist in der Theorie sozialer Probleme zu der Grundannahme verdichtet worden, daß soziale Probleme sozial „konstruiert“ und definiert werden. Eine solche Auffassung wurde insbesondere im Rahmen des symbolischen Interaktionismus in der nordamerikanischen Soziologie begründet und leitet sich aus der Vorstellung einer interaktiv und symbolhaft erzeugten sozialen Wirklichkeit ab. In der Sicht der Theorie sozialer Probleme konstituieren bestimmte soziale Gegebenheiten erst dann ein „soziales Problem“, wenn sie im politisch-sozialen Diskurs aufgegriffen werden (Thematisierung) und befunden wird, daß sie im Widerspruch zu gesellschaftlichen Normen stehen (Problematisierung). Wird ein an sich problematischer Zustand nicht in diesem Sinne aufgegriffen, handelt es sich nach Mertons klassischer Begriffsbildung um ein „latentes“ soziales Problem (Merton 1971).

Für die Anwendung des Paradigmas auf das soziale Problem „Armut“ schlagen wir eine Differenzierung von drei Aspekten der politisch-sozialen⁶⁾ „Konstruktion“ vor, die auch für die Analyse anderer sozialer Probleme fruchtbar sein kann:

- *Thematisierung/Problematisierung* eines sozialen Sachverhaltes: Dieser Aspekt betrifft den wechselnden *Grad*, zu dem problematische soziale Zustände in der politischen Öffentlichkeit aufgegriffen werden (issue cycle, Themenkarriere).⁷⁾

⁶⁾ Dabei zielen wir auf die Makroebene des politischen Diskurses, weniger auf Prozesse der Problemdefinition durch Akteure in Instanzen unmittelbarer Problembearbeitung (s. a. Fn. 9).

⁷⁾ Entsprechende Phasenmodelle sind schon früh in der amerikanischen Soziologie entwickelt worden (s. Albrecht 1977, S. 161–169).

- *Beschreibung* (Darstellung, Analyse) des sozialen Problems: Dieser Aspekt betrifft die Auffassungen, die in der Öffentlichkeit zur Beschaffenheit des Problems existieren; im Beispiel Armut: wieviel Arme es gibt, welche Gruppen besonders von Armut betroffen sind, welche Ursachen und Formen Armut hat und welche Maßnahmen politischer Bekämpfung angezeigt erscheinen.
- *Konzeptualisierung* des sozialen Problems: Während die Problembeschreibung im angegebenen Sinne die öffentliche Diskussion dominiert, gibt es eine Tiefendimension der Debatte, bezüglich der sich Änderungen i. d. R. nur in längeren Zeiträumen und von den Akteuren unbemerkt vollziehen, nämlich die Ebene des verwendeten bzw. unterstellten Problem-, hier: Armutsbegriffs. So meinte, wie im nächsten Abschnitt zu zeigen ist, „Armut“ in den frühen 50er Jahren eine kollektive Not, während später genauer umschriebene Mängellagen spezifischer Gruppen und Individuen unter diesem Begriff angesprochen wurden (Problem der Bezugseinheit).⁸⁾ Ein anderer Aspekt des Armutsbegriffs betrifft die Frage, ob Armut primär materielle Mängellagen bezeichnet oder ob auch andere Lebenslagedimensionen als begriffskonstitutiv angesehen werden.

Die beiden letztgenannten Aspekte – in der Öffentlichkeit anzutreffende Problembeschreibungen und implizite Konzeptualisierungen von Armut – bezeichnen wir zusammenfassend als *Armutsbilder*. Demgemäß entfaltet sich die Geschichte des Armutsproblems als Geschichte der Armutsthematisierung und der Armutsbilder, wobei eine Oberflächen- und eine Tiefendimension der Armutsbilder zu unterscheiden ist.

Im Fall von Armut könnte man zunächst meinen, anders als etwa im Fall psychischer Krankheiten, daß eine eindeutig umrissene physisch-materielle Mängellage gegeben sei, bei der es wenig Spielraum für soziale Definitionen und Konstruktionen gebe. Die Tatsache, daß Armut in entwickelten Industriegesellschaften primär relativer Natur ist – d. h. nur bestimmbar ist in Relation zu den Lebensbedingungen und Wertorientierungen der jeweiligen Gesellschaft – verdeutlicht jedoch, daß auch und gerade Armut ein wichtiges Anwendungsgebiet der soziologischen Theorie sozialer Probleme ist oder doch zumindest sein sollte und sein kann.

Entscheidend für die Analyse sozialer Probleme ist, daß es keine einheitlichen, gesamtgesellschaftlich verbindlichen Definitionen sozialer Probleme gibt, sondern daß unterschiedliche gesellschaftliche *Definitoren* mit unterschiedlichen Interessen und Wertvorstellungen in der Öffentlichkeit aktiv sind und für ihre jeweilige Auffassung des jeweiligen sozialen Problems streiten. Daß die Definition sozialer Probleme Konflikte zwischen gesellschaftlichen Gruppen und Normen beinhaltet, wird besonders aus der interaktionistischen Warte deutlich (vgl. *Albrecht* 1977, S. 178f.). *Merton* (1971, S. 795f.) insistiert in einer Antwort auf seine Kritiker allerdings darauf, daß auch sein strukturfunktionalistischer Ansatz Konflikte und Wandel berücksichtige.

Die wichtigsten Problemdefinitoren finden sich im Fall von Armut in drei Bereichen:

- Wissenschaft;
- politische Öffentlichkeit;
- politisch-soziale Praxis, d. h. Sozialverwaltung, soziale Professionen und Wohlfahrtsverbände.

Im Bereich der Wissenschaft ist das Armutsthema lange marginalisiert gewesen; erst jetzt werden Anzeichen einer möglichen Änderung dieses Zustands gesehen (*Leibfried, Voges* 1992). Eine Ursache der wissenschaftlichen Randstellung war und ist die mo-

⁸⁾ Auch in wissenschaftlichen Analysen stellt die Bestimmung der Bezugseinheit ein grundlegendes methodisches Problem dar (dazu *Leisering* 1991).

ralische Besetzung des Themas, die es zu keinem „normalen“ Gegenstand wissenschaftlicher Forschung hat werden lassen. Die tendenzielle Verdrängung des Themas in der politischen Öffentlichkeit hat ihre unmittelbarste Ursache im geringen Protestpotential der Armen auf kommunaler Ebene und bei Wahlen. Jenseits dieser globalen Diagnose ist es aber, wie zu zeigen ist, spezifischen politischen Akteuren von Zeit zu Zeit gelungen, das Armutsproblem in einer von ihnen gewünschten Weise zu definieren und als Thema zu lancieren.

Der politisch-sozialen Praxis — einschließlich den Fachhochschulen für Sozialpädagogik und den Wohlfahrtsverbänden als Schnittstellen zu Wissenschaft bzw. politischer Öffentlichkeit — kommt eine besondere Rolle bei der Definition von Armut als soziales Problem zu. Es handelt sich hier nicht um allgemeine Interessengruppierungen im demokratisch-pluralistischen Spektrum, die sich einem bestimmten sozialen Problem zuwenden, sondern um Akteure, die Folge und Teil der Konstruktion des sozialen Problems selbst sind. Man kann diese Rolle mikrosoziologisch beschreiben als Problemdefinition durch Instanzen sozialer Kontrolle, die Klienten innerhalb und außerhalb von Institutionen tagtäglich „prozessieren“. Man kann aber auch eine makro- und politiksoziologische Perspektive anlegen, gemäß der die gesamtgesellschaftliche Definitionsmacht von Wohlfahrtsverbänden, sozialen Professionen und „kritischer“ Öffentlichkeit im politischen Diskurs in das Blickfeld rückt. Es gibt Verbindungen zwischen mikro- und makrosozialen Definitionsprozessen, beide Aspekte können und müssen jedoch analytisch unterschieden werden.⁹⁾

Auf der makrosozialen Diskursebene, um die es in diesem Beitrag geht, werden soziale Probleme zum Gegenstand von Auseinandersetzungen wohlfahrtsstaatlicher Akteure um Zuständigkeitsbereiche, um Einfluß und um Ressourcen (*Gusfield* 1981). In bezug auf Armut spricht man im angelsächsischen Raum offen von einem „poverty business“ (*Higgins* 1978) und von den politischen Anwälten der Armen als „poverty lobby“. Im deutschen Sprachraum gibt es dazu kein Äquivalent. Verwandt ist die generelle Sozialstaatskritik von *Baier*, deren primäre empirische Basis allerdings die Verhältnisse im öffentlichen Gesundheitssektor sind. *Baier* spricht vom „Sozialklientelismus“ politischer Parteien und Verbandsfunktionäre, der zusammen mit der Herrschaft sozialer Professionen im unmittelbaren Klientenkontakt eine neuartige Herrschaftsstruktur konstituiert, die charakteristisch für entwickelte wohlfahrtsstaatliche Gesellschaften sei (*Baier* 1977).

3. Armutsthematisierung und Armutsbilder im Wandel 1949–1992

Die Feststellung, daß das Armutsproblem in der Bundesrepublik weitgehend verdrängt worden sei, ist als eine summarische Gesamtaussage, etwa im Vergleich zu anderen Ländern oder anderen geschichtlichen Zeiträumen, durchaus zulässig. Eine genauere Analyse der Thematisierungsgeschichte von Armut führt jedoch über die Verdrängungsthese hinaus.

Aussagen über den Grad der öffentlichen Thematisierung von Armut sind meist auch mit Annahmen über die Art der Thematisierung verbunden, d.h. darüber, welche Armutsbilder vorherrschend waren. Wir greifen damit die Unterscheidung

⁹⁾ In interaktionistischen wie auch ethnomethodologischen Theorien sozialer Probleme wird der Unterschied zwischen beiden Ebenen tendenziell verwischt. Dies hat methodologische Gründe, da in diesen Paradigmen auch meso- und makrosoziale Prozesse als interaktiv bzw. durch „Methoden“ alltäglichen Handelns konstituiert gelten.

von Thematisierung(-sausmaß) und Armutsbildern auf, die in Abschnitt 2 ausgeführt worden ist. Mit der Rede von einer „Verdrängung“ von Armut ist also in der Regel nicht nur gemeint, daß das Thema im öffentlichen Diskurs randständig war, sondern auch, daß das Armutsproblem, soweit es überhaupt thematisiert wurde, in seiner Beschaffenheit und gesellschaftlichen Relevanz systematisch verharmlost worden ist. Schäfers (1992, S. 106) faßt ein derart „verdrängendes“ Armutsbild, das er als Kennzeichen der bundesrepublikanischen Debatte sieht, prägnant so zusammen: Die „sozialethischen Auffassungen in der Bevölkerung zur Armutsfrage“ in vier Jahrzehnten Bundesrepublik Deutschland sind „allenfalls Variationen der überwiegend bürgerlich-liberalen Einstellung, daß Armut in den meisten Fällen auf Selbstverschuldung zurückgeht, und daß in den verbleibenden Fällen der Sozialstaat die schlimmste Not lindert und es letztlich Armut wie im vorigen Jahrhundert hierzulande gar nicht mehr gibt“.

Es gilt im folgenden zu prüfen, ob in diesem doppelten Sinne — geringe Thematisierung von Armut und verharmlosende Armutsbilder — von einer Verdrängung des Problems in der Bundesrepublik gesprochen werden kann. Dazu werden Armutsthematisierung und Armutsbilder in vier Jahrzehnten der alten Bundesrepublik skizzenhaft rekonstruiert (s. tabellarische Übersicht).¹⁰⁾

Im ersten Jahrzehnt der Bundesrepublik Deutschland war Armut ein offen anerkanntes, häufig angesprochenes, aber nicht gesellschaftskritisch hinterfragtes soziales Problem. Es war die alltäglich präsente, drängende „Not“, die sich durch alle Bevölkerungsgruppen und Landesteile zog, eine ubiquitäre „Armut des Volkes“¹¹⁾ Zugrunde lag ein Kollektivbegriff von Armut, der sich nicht auf spezifische Gruppen und Individuen bezog, wie es für alle späteren Armutsbegriffe (bis zur deutschen Einigung) charakteristisch war. Dementsprechend waren generelle Maßnahmen der Wirtschafts- und Wohnungspolitik die Armutspolitik der Stunde. Sie sollten den strukturellen Allgemeinursachen der Not entgegenwirken, der Zerstörung von Häusern, Produktionsstätten und sozialer Infrastruktur. In der Debatte zu einer großangelegten Sozialreform, die schließlich zur Rentenreform 1957 schrumpfte, wurde im Zeichen einer wiedererstarkenden Wirtschaft das Armutsproblem allmählich auf eine spezielle Bevölkerungsgruppe verengt, die „Sozialrentner“, deren materielle Not als politisch produziert und daher auch politisch-sozialrechtlich behebbar galt.

Für die 60er Jahre kann man global von einer Latenz des Armutsproblems sprechen. Schon zu Beginn des Jahrzehnts, als das „Wirtschaftswunder“ und der Ausbau des Sozialstaats Konturen angenommen hatten, galt die Armut des Volkes als überwunden. Der Begriff Armut bezog sich nur noch auf Bedürftigkeitslagen *einzelner*, die aufgrund individueller Lebensumstände — häufig kriegsbedingt — durch das Netz der sozialen

¹⁰⁾ Die folgenden Ausführungen stellen eine Kondensierung und Weiterentwicklung der Analyse in Buhr, Leisering, Ludwig, Zwick (1991, Abschnitt 2) dar, die ihrerseits auf einer umfassenden Auswertung politischer, wissenschaftlicher und journalistischer Zeitdokumente beruht. Dort finden sich auch umfangreiche Literatur- und Quellennachweise. Siehe auch Schäfers (1992, Abschnitt II), der sich an Buhr u. a. anlehnt.

¹¹⁾ Vgl. die Formulierung von Ludwig Erhard aus dem Jahre 1956, daß „das Volk aus Armut zu neuem Wohlstand geführt“ worden sei (in Hohmann [Hrsg.] 1988, S. 466).

Übersicht: *Armutsthematisierung und Armutsvorbilder in Wandel* (Bundesrepublik Deutschland 1949–1992)Übersicht: *Armutsthematisierung und Armutsbilder im Wandel (BRD 1949 - 1992)*

	50er Jahre	60er Jahre	70er Jahre	80er Jahre	90er Jahre
Thematisierung	kollektive Thematisierung	Latenz	Wiederentdeckung	Wiederentdeckung	breite Thematisierung
Bezugseinheit	Armut des Volkes	Armut des Einzelnen	Armut von Gruppen	Armut von Gruppen; Armut eines Volksteils (unteres Drittel)	Armut eines Volksteils (regional)
Ursachen	strukturell (Kriegsfolgen)	individuell/Lebensschicksal	"gesellschaftlich"; sozialstaatlich	strukturell (Arbeitsmarkt)	gesellschaftlicher Umbruch
Ausmaß	hoch/fallend	niedrig/fallend	'höher als angenommen'	hoch/wachsend	hoch/wachsend/offen
Dauer/Dynamik (Fallebene)	vortübergehend	vortübergehend	dauerhaft	dauerhaft	umstritten/offen
Politische Bekämpfung	Wiederaufbau (Wirtschafts- und Wohnungspolitik), "Sozial(versicherungs-)reform"	Sozialhilfe Sozialarbeit	"Gesellschafts- politik"	Sozialpolitik Familienpolitik	regionale Entwick- lungspolitik, Über- gangsgeregelungen in sozialer Sicherung
Gesellschaftsbild	Marktwirtschaft im Aufbau, "Wohlstand für alle"	"nivellierte Mittelstands- gesellschaft"	moderner Sozialstaat	"Zweidrittel-Gesellschaft"	Transformations- gesellschaft; "ungleichartige Lebensverhältnisse"

Sicherung gefallen waren. Die 1961/62 zur „Sozialhilfe“ reformierte Fürsorge wurde wieder zum wichtigsten armenpolitischen Instrument, das durch sozialpädagogisch gestützte Einzelfallhilfe die Lage der Betroffenen verbessern sollte. In diese Zeit fallen allerdings auch die Anfänge der Randgruppendifkussion, die geeignet war, zwischen individualisierend-psychozialen Problembeschreibungen und strukturellen Erklärungsansätzen zu vermitteln.

In den 70er Jahren fand eine Wiederentdeckung — genauer: mehrere nicht direkt verbundene Wiederentdeckungen — von Armut statt: Die Zuwendung zu sozialen „Randgruppen“ im Rahmen der sozialliberalen „Gesellschaftspolitik“, die parteipolitisch motivierte „Neue Soziale Frage“ der CDU sowie in der Wissenschaft die intensivierte Versuche der Messung von Armut und darauf basierender Sozialberichterstattung. Diesen Vorstößen war gemein, daß es um die strukturelle Lage bestimmter sozialer *Gruppen* im gesellschaftlichen und sozialstaatlichen Gefüge ging, die als „Unterprivilegierung“ beschrieben wurde.

Die 80er Jahre brachten eine erneute „Wiederentdeckung“ von Armut, die um 1984 zwar ausging von den Problemen der Arbeitslosen im Zeichen anhaltender „Massenarbeitslosigkeit“ und „Sozialabbau“, sich in der Folge jedoch verbreiterte und als langlebiger erwies als die thematisch stärker eingegrenzten Schübe öffentlicher Aufmerksamkeit der 70er Jahre. Der Armutsbegriff der Debatte der 80er Jahre hatte mehrere Gesichter. Zunächst standen weiterhin bestimmte *Gruppen* im Mittelpunkt, neben den Arbeitslosen insbesondere die zunehmende Zahl alleinerziehender Frauen und, primär von seiten der Wissenschaft hervorgehoben, die Verschiebung des Schwerpunkts der Armutbetroffenheit von den Alten zu den Jungen und Kindern. Zugleich stieß der 1984 von Peter Glotz lancierte Begriff der „Zweidrittelgesellschaft“ auf Resonanz (z. B. noch bei Döring u. a. 1990, S. 8), der Armut erstmals wieder zu einer gesellschaftsstrukturellen Kategorie machte. Ihm lag die Annahme zugrunde, daß jenseits besonders betroffener sozialer Gruppen ein ganzes Bevölkerungssegment marginalisiert werde. Die 80er Jahre waren das Jahrzehnt, in dem nach 30 Jahren die Armutsfrage wieder im breiteren Sinne „politikfähig“ wurde (Schäfers 1992, S. 116). Die Grünen traten als die ersten parlamentarischen Anwälte der Armen auf und die Betroffenen organisierten sich selbst in Arbeitslosen- und Sozialhilfeempfängerinitiativen. In der Wissenschaft schickte sich die Thematik an, erstmals und endlich zu einem respektablen Gebiet der Soziologie zu werden. Man könnte hier analog zur Politik davon sprechen, daß Armut in Deutschland erstmals wieder „wissenschaftsfähig“ wurde.

Dieser Diskurs ist bis heute ungebrochen, wird in den 90er Jahren jedoch überlagert durch die unerwartete Wende, die sich aus dem massenhaften Auftreten sozialer Problemlagen im Zuge der deutschen Einigung ergab. Es entstand plötzlich eine Situation, die der des Wiederaufbaus Anfang der 50er Jahre ähnelte: Erstmals ging es wieder um eine kollektive, ubiquitäre Not des ganzen Volkes bzw. eines regional definierten *Volks-teils*. In beiden Fällen wurden die Ursachen im Zusammenbruch eines alten Systems und in den Schwierigkeiten von Transformation und Wiederaufbau gesehen. Und in beiden geschichtlichen Situationen gab es Stimmen, die die Probleme dezidiert als Übergangssituation bezeichneten, und andere, die bezüglich der zukünftigen Entwicklung pessimistisch oder doch zumindest skeptisch waren. Sozialpolitisch wurde in beiden Fällen die Idee einer Mindestsicherung unter dem Druck überwältigender Massenarmut konsensfähig — freilich nur in bezug auf eine zeitlich begrenzte Übergangsregelung im Sozialversicherungsrecht.

Als Fazit ergibt sich, daß die Vorstellung einer durchgängigen Verdrängung der Armutsfrage in der bundesrepublikanischen Öffentlichkeit nicht zutrifft. In der Früh- wie in der Spätphase der alten Bundesrepublik Deutschland wurde Armut als soziales

Problem anerkannt und aktiv thematisiert. Nur für die 60er Jahre kann man von einer Latenz des Themas im strengen Sinne sprechen. In den 70er Jahren gab es immerhin begrenzte Phasen eines intensivierten Problemdiskurses in spezifischen politischen Kontexten.

Auch war das in der Öffentlichkeit herrschende Armutsbild anders und wandelbarer als es in der Verdrängungsthese impliziert ist. Keineswegs zog sich die Annahme, daß Armut selbstverschuldet sei und der Sozialstaat das ohnehin geringe Ausmaß an Restarmut behebe, durch die Thematisierungsgeschichte. Vielmehr war in den ersten Jahren der Bundesrepublik Deutschland unter dem Eindruck der Kriegsfolgen und heute angesichts der Situation in den neuen Bundesländern der strukturelle Hintergrund von Armut wie selbstverständlich anerkannt. Das gleiche gilt für die selektiven Diskurse der 70er Jahre, die Randgruppendifkussion und die Neue Soziale Frage. Auch die individualisierende Sicht der 60er Jahre, die Armut als Ergebnis eines je individuellen schicksalhaften Lebenswegs ansah, gab eher „Zeitumständen“ als den Betroffenen selbst die „Schuld“ an ihrer Lage.¹²⁾

Das überraschendste, in der Literatur bisher nicht angesprochene Ergebnis der Analyse des Armutsdiskurses über vier Jahrzehnte hinweg ist, daß Armut immer wieder als *sozialstaatlich verursacht* angesehen wurde, gerade von seiten der politischen Akteure selbst. Dies begann mit der großen Sozialreformdebatte der 50er Jahre und ihrem Resultat, der großen Rentenreform, deren explizites Ziel es war, die „Sozialrentner“ – und nicht etwa die Alten generell – aus der hoffnungslosen Unterversorgung zu befreien, in die sie ein anachronistisches Sozialversicherungssystem geführt hatte. Das Bundessozialhilfegesetz von 1961 als Spätausläufer jener Sozialreform verstand sich dann als Ausfallbürge, um noch verbleibende Lücken des sozialen Sicherungssystems zu stopfen. Heiner Geißlers Neue Soziale Frage von 1975/76 stellte den interessanten Fall einer Armutserklärung dar, die die behauptete „neue“ Armut der Frauen, Alten und Kinderreichen nicht einfach auf unzureichende Sozialleistungen zurückführte, sondern grundsätzlicher auf strukturelle Defizite des Sozialstaats, der als sozialdemokratischer Gewerkschaftsstaat die Betroffenen der „alten“ sozialen Frage, die organisierte Arbeitnehmerschaft, auf Kosten anderer privilegierete. In den 80er Jahren waren es schließlich erst die staatlichen Kürzungen von Sozialleistungen für Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger („Sozialabbau“), die um 1984 den take-off der Arbeitslosenproblematik als „neue Armut“ in der kritischen politischen Öffentlichkeit auslösten (Buhr u. a. 1991, S. 521).

Gänzlich ausgeblendet wird in der Verdrängungsthese schließlich der tiefgreifende Wandel des Armutsbegriffs selbst. Die öffentliche Rede von „Armut“ meinte in vier Jahrzehnten etwas sehr verschiedenes, und zwar nicht nur, was die Arten und Formen von Mängellagen angeht, die als Armut thematisiert wurden, sondern grundsätzlicher in Hinblick auf die gemeinte soziale „Bezugseinheit“. In den 50er Jahren war es das Volk, von dessen Armut global die Rede war, in den 60er Jahren der einzelne, in den 70ern Gruppen, im bunteren Diskurs der 80er sowohl Gruppen als auch Individuen sowie Bevölkerungssegmente und schließlich in den 90ern darüber hinaus wieder ein ganzer Volksteil. Der Wandel des kategorialen Bezugsrahmens der Armutfrage dokumentiert auch – eine weitere Relativierung der Verdrängungsthese – daß die öffentliche Wahrnehmung von Armut durchaus objektive sozioökonomische Realitäten widerspiegelt, d. h. daß soziale Wirklichkeit und politischer Diskurs nicht beliebig auseinanderfallen. Wirtschaftswachstum und Sozialstaat bewirkten tatsächlich, daß in

¹²⁾ Diese Auffassung wird z. B. noch in der Studie von Strang (1970) belegt, die auf einer Erhebung im Jahre 1965 beruht.

den 60er und 70er und selbst in den 80er Jahren Armut kein Strukturproblem der bundesrepublikanischen Gesellschaft mehr war.¹³⁾

Richtig bleibt an der Verdrängungsthese, daß Armut selten ein *zentrales* Thema in der politischen Öffentlichkeit war, und daß das Wort „Armut“ im öffentlichen Sprachgebrauch in Deutschland vermieden wird, bzw. wenn es verwendet wird, sich meist auf Entwicklungsländer bezieht. Das gilt selbst heute angesichts der Probleme im Osten: „Arbeitslosigkeit“ und „Wohnungsnot“ klingen harmloser und eingegrenzter als „Armut“.

4. Armutsbilder und „Wohlfahrtskulturen“

Bisher haben wir die Geschichte der Thematisierung von Armut in der Bundesrepublik Deutschland so dargestellt, als ob es zu jedem Zeitpunkt nur eine einzige herrschende oder wichtige Auffassung des Problems gegeben habe. Diese Sichtweise ist offensichtlich unzureichend. Entsprechend den allgemeinen Annahmen der Theorie sozialer Probleme sind vielmehr Konflikte zwischen konkurrierenden Problemwahrnehmungen und -deutungen der Normalfall. Da gerade im Sozialbereich sensible Grundüberzeugungen und Gefühle der Menschen angesprochen sind – Gerechtigkeitssinn, Angst vor sozialem Abstieg, ethische Fragen des Helfens und Sich-helfen-Lassens usw. – gibt es nicht nur unterschiedliche Sichtweisen, sondern so etwas wie „sozialpolitische Kulturen“ oder „Wohlfahrtskulturen“ (Kaufmann 1991). Mit diesem Begriff ist ein nicht genau abgrenzbares Konglomerat von geteilten Deutungsmustern, impliziten Annahmen und Wertorientierungen gemeint.

Die drei Wissenssphären, in denen soziale Probleme hauptsächlich konstruiert werden – politische Öffentlichkeit, Wissenschaft, soziale Praxis – sind in sich zu heterogen, um selbst als eigene sozialpolitische Kulturen angesprochen werden zu können.¹⁴⁾ Vielmehr gilt es, unterschiedliche Kulturen *innerhalb* dieser Bereiche zu identifizieren, wobei es erwartungsgemäß zahlreiche Berührungspunkte, aber auch Spannungsverhältnisse und Abschottungen zwischen den Bereichen gibt.

Zunächst: Eines ist allen drei Sphären gemeinsam: daß das Armutsthema nicht nur nicht durchgängig verdrängt, sondern in relevanten „Subkulturen“ geradezu *dramatisiert* worden ist. Verdrängung und Dramatisierung sind zwei Pole eines Kontinuums. Die Verdrängungsthese unterschlägt nicht nur den Mittelbereich „normaler“ Thematisierung und Problematisierung, sondern blendet das gegenläufige Phänomen der Dramatisierung gänzlich aus. Dies scheinen besonders die Autoren zu tun, die selbst zu den Dramatisierern gehören.¹⁵⁾ Idealtypisch kann das Armutsbild der Dramatisierer so zusammengefaßt werden: Armut und Verarmung ist ein wesentliches (nicht randständiges) soziales Problem in unserer Gesellschaft, das viele und zunehmend mehr Menschen betrifft; es ist gesellschaftsstrukturell bedingt und wird durch den Sozialstaat strukturell (nicht nur graduell) unzureichend bearbeitet; Armut ist Endstation sich

¹³⁾ Mit dieser möglicherweise Widerspruch hervorrufenden Aussage ist nicht gemeint, daß Armut „nur ein Restproblem des Sozialstaates“ sei, wie Heinze u. a. (1982) es (kritisch gewendet) formulieren, oder daß das Ausmaß von Armut vernachlässigbar sei. Gemeint ist, daß Armut in den 60er bis 80er Jahren kein Funktionsproblem der Gesellschaft war, das Krisen der Sozial- oder Systemintegration heraufbeschworen hätte.

¹⁴⁾ Zur Heterogenität der Deutungsmuster innerhalb der sozialpolitischen Praxis s. Nagel (1993).

¹⁵⁾ Als ein Beispiel von vielen hierzu wieder Döring u. a. (1990) sowie, im Kontext der Kontroverse um die neuere dynamische Armutsforschung, Busch-Geertsema, Ruhstrat (1992).

selbst verstärkender sozialer Abstiegsprozesse, die oft schon im Elternhaus beginnen; Arme sind passive Opfer der Verhältnisse und verbleiben meist auf Dauer in ihrem Zustand; Armut geht einher mit einer wesentlichen Schwächung in allen Vitalfunktionen.

Verdrängung und Dramatisierung bezeichnen aber nicht nur polar entgegengesetzte Positionen einer Debatte, sondern treten auch in ein und derselben Position bzw. sozialpolitischen Kultur zusammen auf. Selektive Dramatisierung kann geradezu funktionaler Bestandteil einer Verdrängungsstrategie sein, nämlich dann, wenn Armut als Restproblem unserer Gesellschaft abgetan wird und zugleich dem „Rest“ „asoziale“ Qualitäten zugeschrieben werden. Umgekehrt kann Dramatisierung mit einer Verdrängung der als weniger dramatisch erscheinenden Formen von Armut einhergehen. So macht sich die öffentliche Diskussion häufig an „sichtbarer Armut“ wie Nichtseßhaftigkeit und Obdachlosigkeit fest und übersieht die sozial unauffälligere Armut der geschiedenen Frau oder der Rentnerin von nebenan. Ein weiteres Beispiel, das erst durch die im nächsten Abschnitt darzustellende neuere Forschung ins Bewußtsein getreten ist, sind kurzfristige, vorübergehende Armutslagen, die in fast allen bisherigen Debatten verdrängt worden sind, weil die Aufmerksamkeit auf langfristige, festgefahrene Deprivation fixiert war.¹⁶⁾ Schließlich bildet die kollektive Armut der Nachkriegszeit einen blinden Fleck der Armutdiskussion. Die kritische Betonung der Existenz relativer Armut auch im entwickelten Sozialstaat bzw. Kapitalismus geht in der Armutstheorie einher mit einer Vernachlässigung des Problems absoluter Armut, das in der Frühgeschichte der Bundesrepublik Deutschland eine prägende Rolle spielte.¹⁷⁾

Welche sozialpolitischen Kulturen, welche Formen von Dramatisierung und Verdrängung, können nun in bezug auf das Armutproblem in den Bereichen Politik, soziale Praxis und Wissenschaft identifiziert werden?

Die Armutsbilder in der *politischen Öffentlichkeit* folgen nicht, wie man erwarten könnte, dem überkommenen „politischen Code“ (Luhmann) rechts/links im Sinne von rechts gleich Verdrängung, links gleich Thematisierung oder Dramatisierung. Für die allgemeine Not der frühen 50er Jahre gelten diese Gleichungen sicherlich nicht; sie wurde von allen politischen Gruppierungen thematisiert. Allerdings blieb eine so prononcierte Zurschaustellung der Armutsfrage, wie sie die Neue Soziale Frage in den 70er Jahren darstellte, für die CDU eine Ausnahme. Bei der SPD machte sich bemerkbar, daß ihre klassische Klientel die Arbeiter und nicht die Armen sind. Arbeiterpolitik, d. h. in der Politik der sozialen Sicherung primär: Sozialversicherungspolitik, nicht Armenpolitik, bestimmt die Politik der SPD.¹⁸⁾ Selbst in der Aufbruchzeit der sozialliberalen Koalition, den frühen 70ern, in der viel von Unterprivilegierung und benachteiligten Gruppen die Rede war, überlagerte ein programmatisches Interesse an globalen Fragen gesellschaftlicher Steuerung die konkrete Beschäftigung mit Armut und Sozialhilfe (Bubr u. a. 1991, S. 514f.). Wenn Armut Geld kostete, unterschieden sich die Parteien ohnehin nicht wesentlich. So haben Jaedicke u. a. (1991, S. 58–72) gezeigt, daß bei den Kontroversen um fiskalische Einsparungen in der Sozialhilfe, die seit den 70er

¹⁶⁾ Siehe die Verdrängung und Verharmlosung kurzfristiger Armut bei Busch-Geertsema, Ruhstrat (1992), die in solchen Fällen anscheinend nicht einmal von Armut reden wollen (z. B. S. 369), d. h. bestimmte, als weniger dramatisch geltende Formen von Armut schon auf der Ebene der Begriffsbildung verdrängen. Dazu kritisch Leisering (1993).

¹⁷⁾ Eine Ausnahme hiervon bildet die bedeutende Studie von Strang (1970).

¹⁸⁾ Zur Unterscheidung von Arbeiter- und Armenpolitik, die in Deutschland ausgeprägter ist als in anderen Ländern, s. theoretisch-historisch Leibfried, Tennstedt (1985).

Jahren auf der Tagesordnung sind, die Konfliktlinien mehr zwischen Bund und Kommunen als zwischen den Parteien verliefen.

Nur bei den Grünen gehörte in dem Jahrzehnt ihres bundespolitischen Wirkens die Armutproblematik zum Kernbestand ihres gesellschaftspolitischen Anliegens. Nach 30 Jahren eines eingefahrenen Allparteiensozialstaats formierten sich in dieser Gruppierung die Umrisse einer neuen sozialpolitischen Kultur, in der Armut einen vorderen Platz neben anderen unterbelichteten Problembereichen wie Frauen und Alte fand. Während die parlamentarischen Anfragen der Grünen zu Armut und Sozialhilfe die Probleme relativ sachlich ansprachen, verwischte sich im Bereich grün-alternativer sozialer Bewegungen vor Ort naturgemäß die Grenze zur Dramatisierung.

Neben dieser *Dramatisierung „von unten“* ist allerdings auch eine *Dramatisierung „von oben“* Teil der bundesrepublikanischen politischen Kultur, und zwar sowohl in konservativ-liberalen Kreisen wie im sozialdemokratischen Lager. Schreckensbilder von Armut können den Interessen beider Seiten dienlich sein. Neokonservative bzw. marktwirtschaftliche Politik läßt sich leichter rechtfertigen, wenn ihre sozialen Opfer als Asoziale und Bodensatz der Gesellschaft diffamiert werden. Hier dient die Unterstellung von Selbstverschuldung als Vehikel, Armut als ernsthaftes sozialpolitisches Problem zu verdrängen. Umgekehrt bieten die Marginalisierten ein willkommenes Anschauungsmaterial für linke Gesellschaftskritik und die Bloßstellung „unsozialer“ christdemokratischer Politik.

Im Bereich der *sozialpolitischen Praxis* liegt eine Dramatisierung sozialer Problemlagen besonders nahe.¹⁹⁾ Es liegt im Eigeninteresse sozialer Professionen, die Hilfebedürftigkeit ihrer Klientel zu betonen, um Stellen zu sichern und womöglich auszubauen. Auf einer psychologischen Ebene trägt das Ethos oder auch Pathos des Helfens dazu bei, viele Menschen als auf externe Hilfe angewiesen darzustellen. Wessen Beruf es ist, soziale Probleme zu bearbeiten, wird ihre Bearbeitungsbedürftigkeit besonders herausstellen. Hinzu kommt die Gefahr falscher Generalisierung aus selektiver Erfahrung. Die Blickrichtung berufsmäßiger Problembearbeiter ist auf Problemlagen fokussiert, die i. d. R. nur minoritäre Teile der Bevölkerung betreffen.

Im gesteigerten Maße gilt dies für Praktiker, die in unmittelbarem Klientenkontakt stehen, wie z. B. Sozialarbeiter. Die in Selbstdarstellungen gegenüber „abgehobenen“ Planern und Wissenschaftlern betonte „Praxisnähe“ beinhaltet u. a., daß diese Personen in ihrer alltäglichen Wahrnehmung auf die „harten“ Problemfälle eingeschränkt sind. Nur diese werden aus Systemen standardisierter Leistungserbringung in sozialpädagogische Betreuungsverhältnisse überführt, wie sie besonders für die Jugend-, Alten- und Sozialhilfe typisch sind. Und nur diese verbleiben im Tätigkeitsfeld des Betreuers; mit Aufhebung ihrer besonderen Bedürftigkeitslage verschwinden sie aus seinem Blickfeld. So entstehen leicht verzerrte Urteile darüber, wie typisch „schwere“ Fälle im jeweiligen Bereich sind. Damit werden zugleich alltägliche, sozial weniger auffällige und sozialpädagogisch nicht bearbeitungsbedürftige Problemlagen unterschätzt. Dramatisierung und Verdrängung gehen also auch hier Hand in Hand.

Das zuletzt Gesagte trifft primär auf das sozialpädagogische Milieu zu. Es hat sich seit den 60er Jahren in der historischen Nachfolge der älteren „Fürsorge“ formiert und bald eine eigene sozialpolitische Kultur ausgebildet, die sich in Fachzeitschriften, öffentlichen Stellungnahmen und Untersuchungen manifestiert. Statt an der älteren konservativ-essentialistischen „Fürsorgewissenschaft“ (Matthes 1964) orientierte sie sich in ihren prägenden Anfängen an dem „emanzipatorischen“ Gedankengut der

¹⁹⁾ Die folgenden tentativen Überlegungen basieren z. T. auf eigenen Erfahrungen als Armutsforscher im Kontakt mit Sozialpraktikern.

„kritischen“ Sozialwissenschaft der 70er Jahre, das durch die Vertreter dieser Richtung, die damals in den Staatsdienst und die Wohlfahrtsverbände vorrückten, noch heute wirksam ist. Dabei scheinen die Fachhochschulen für Sozialarbeit und Sozialpädagogik die wichtigsten Transmissionsriemen zwischen Wissenschaft und sozialer Praxis zu sein. Die Armutsberichte, mit denen die Wohlfahrtsverbände in den letzten Jahren an die Öffentlichkeit getreten sind (z. B. Paritätischer Wohlfahrtsverband 1989), legen ein beredtes Zeugnis jener pauschalen Skandalisierung ab, die neuere Forschungsergebnisse zu Heterogenität und Wandel von Armut nur unzureichend zur Kenntnis nimmt.

Das sozialpädagogische Milieu kann jedoch nicht mit der sozialen Praxis gleichgesetzt werden. Man kann annehmen, daß die Sozialberufe mit juristischer, wirtschaftswissenschaftlicher oder verwaltungsinterner Ausbildung, die in Bereichen der vorgeordneten Sozialverwaltung ohne direkten Klientenkontakt arbeiten, andere Sichtweisen und Grundhaltungen pflegen. Die Sachbearbeiter der Sozialämter, die herkömmlich eine reine Verwaltungsausbildung unterhalb des Fachhochschulniveaus haben, nehmen dabei eine besondere Stellung ein, da sie trotz ihrer Ausbildung direkt mit Hilfebedürftigen zu tun haben. Außerdem hat im Bereich der Sozialpädagogik in den 80er Jahren ein Wandel stattgefunden. Wie Nagel (1993) anhand von Interviews mit Absolventen von Sozialfachhochschulen, d. h. den Sozialarbeitern der Zukunft, nachweist, findet sich neben traditionellen Berufsauffassungen wie „praxisgesättigtes Expertentum“ oder „professionelles Engagement“ zunehmend das Selbstverständnis als „Krisenmanager“. Kern dieses neuen Selbstbildes ist die Annahme, daß es sich bei den zu bearbeitenden sozialen Problemlagen um „normale“, vorübergehende Krisen handelt, die in einer zunehmend bewegten und störungsanfälligen Welt im Prinzip jeden treffen können. Diese Sicht beinhaltet eine Entdramatisierung sozialer Probleme.

Im Bereich der *Wissenschaft* lagen die wenigen Armutsstudien der 50er und 60er Jahre methodisch und inhaltlich im Rahmen „normaler“ sachbezogener, theoretisch angeleiteter empirischer Forschung (z. B. Münke 1956, Strang 1970) und waren von daher weder für Verdrängung noch für Dramatisierung ihres Gegenstands anfällig. Die „kritische“ Sozialwissenschaft der 70er Jahre wandte sich gesellschaftlichen „Randgruppen“ zu (zusammenfassend Karstedt 1975), wobei die radikalisierte Version der amerikanischen Theorie sozialer Probleme, der *labeling approach* (z. B. Hess/Mechler 1974), und in geringerem Umfang traditionelle marxistische Interpretamente (z. B. Colla 1974) die Folie bildeten, auf der eine Kritik der „Instanzen sozialer Kontrolle“ als Produzenten abweichenden Verhaltens entfaltet werden konnte. Diese und andere Arbeiten jener Zeit basierten bereits wesentlich, wie es für die spätere lebenslauftheoretische Forschung typisch werden sollte, auf einer Verlaufsbetrachtung individueller Armutslagen im biographischen Kontext. Der Ansatz war jedoch nicht selten normativ und methodisch verengt, so daß das gewünschte Ergebnis dramatischer sozialer Abstiegskarrieren als Regelfall mühelos erzielt wurde.

In der zweiten Hälfte der 70er Jahre trat eine Forschungsrichtung hinzu, die einem ganz anderen soziokulturellen Kontext entstammte, die soziale Indikatorenbewegung. Im Rahmen eines Projekts mit dem programmatischen Titel SPES (lat. Hoffnung, Akronym von „Sozialpolitisches Entscheidungs- und Indikatorensystem für die Bundesrepublik Deutschland“) wurden im Geiste rationaler Gesellschaftsplanung Indikatoren konstruiert, anhand derer die Wohlfahrtsentwicklung der Bevölkerung beobachtet werden konnte. Hierzu zählten auch differenzierte Indikatoren für verschiedene

Formen und Grade von Armut (Glatzer 1978).²⁰) Die Ausläufer beider Traditionen — „kritische“ Wissenschaft und rationalistische „Sozialberichterstattung“ — koexistieren bis heute unvermittelt, so daß man von „zwei Kulturen“ der Armutforschung reden muß.²¹) Mit den Arbeiten von Hauser und Mitarbeitern in den 80er Jahren (darunter Hauser u. a. 1981, der erste offiziöse Armutsbericht für die Bundesrepublik Deutschland), die von wirtschaftswissenschaftlicher Seite die letztgenannte Tradition ausbauen, wurde die Differenz befestigt. Erst seit der endgültigen, auch theoretischen Soziologisierung der Armutforschung im Zuge der neueren Lebenslauforschung nimmt die Spaltung allmählich den Charakter eines offenen Konflikts an, der interessanterweise zuerst in einem zentralen Blatt der sozialen Praxis ausgetragen wird (Ludwig 1992, Busch-Geertsema, Ruhstrat 1992, Leisering 1993). Die Kritik der dynamischen Armutforschung kommt primär aus politisierten Forschungszusammenhängen sozialpädagogischer, feministischer oder verbandlicher Provenienz.

5. Verzeitlichung und soziale Entgrenzung von Armut

— Ergebnisse neuerer lebenslauftheoretischer Analysen —

Die Wissenschaft ist zweifellos einer der relevanten Definitoren sozialer Probleme. Die Frage, inwieweit die Wissenschaft im Fall der Armutforschung in der Lage war, ihre Problemdefinitionen auch gesellschaftlich, in Politik und sozialer Praxis, durchzusetzen oder doch Einfluß auszuüben, ist allerdings eher zurückhaltend zu beantworten. Im summarischen Rückblick scheint die Einflußrichtung eher umgekehrt gewesen zu sein. Die einflußreiche Arbeit von Strang (1970) kann als wissenschaftliche Ausarbeitung des Armutbegriffs des Bundessozialhilfegesetzes von 1961 gelten. Die andere bedeutende frühe Studie verortet sich selbst in den damaligen Bemühungen um eine Sozialreform (Münke 1956, S. 9). Die Neue Soziale Frage Mitte der 70er Jahre hatte die erstaunliche Folge, der soziokulturell ganz anders zu verortenden Armutsmessung im Rahmen der sozialen Indikatorenbewegung einen nachhaltigen Anstoß zu geben. Die Armutprogramme der Europäischen Gemeinschaft initiierten in den 80er Jahren eine breite empirische Forschung, u. a. den bereits erwähnten Armutsbericht von 1981. Ähnliches gilt für die zunächst politisch lancierten, dann wissenschaftlich aufgegriffenen Begriffe „neue Armut“ und „Zweidrittelgesellschaft“.

Umgekehrt sind z. B. die relativen Armutsgrenzen, die seit dieser Zeit die international vergleichende Forschung dominieren (als arm gilt der, dessen gewichtetes Haushaltseinkommen unter 50 Prozent oder 60 Prozent des Durchschnittseinkommens liegt), in der politischen Diskussion in Deutschland auf keinerlei Resonanz gestoßen. Die So-

²⁰) Die darauf basierende armutsverdrängende Aussage der Transfer-Enquête-Kommission (1981, S. 73), daß aufgrund der Daten „eine Armutpopulation in nennenswertem Umfang nicht nachweisbar“ sei, ist eher untypisch für die undogmatische Problemsicht dieser Schule.

²¹) Als jüngstes Beispiel s. das unvermittelte Nebeneinander der Beiträge von Krause (1992, Tradition der Sozialberichterstattung) und Iben (1992) sowie Specht-Kittler (1992) („kritische“ Tradition) in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ zur Wochenzeitung „Das Parlament“ vom 27. 11. 92. Ähnlich unvermittelt stehen in Döring u. a. (Hrsg.) (1990) die Einleitung der Herausgeber und der Beitrag von Glatzer, Hübinger (1990) nebeneinander. Beide entwickeln den Lebenslagebegriff als ein neues Konzept der Armutforschung, die einen als Vehikel einer Dramatisierung von Armut als Benachteiligung in mehreren Lebensbereichen, die anderen dagegen als begrifflichen Rahmen einer noch zu leistenden handlungstheoretischen Analyse von Armutslagen.

zialhilfegrenze bleibt die herrschende Armutsgrenze im politischen Diskurs, allerdings unter Vermeidung des Wortes „Armut“. Ob die im folgenden darzustellende dynamische Armutsforschung allgemeine gesellschaftliche Sichtweisen zu beeinflussen vermag, muß gleichfalls offen gelassen werden. Zumindest zeigt die Erfahrung des Verfassers, daß Praktiker aus der Sozialarbeit und Fachhochschulvertreter empfindlich auf das damit verbundene In-Frage-stellen ihres kritischen Definitionsmonopols reagieren.

Dynamische Armutsanalyse, d.h. eine Betrachtung von Armutszuständen im zeitlichen Verlauf, ist nicht neu. Wie bereits angedeutet, ist gerade die ältere, „kritische“ Forschung biographieanalytisch vorgegangen, um kumulative Prozesse sozialer Marginalisierung aufzudecken. Methodische Mängel und die fehlende Repräsentativität dieser Studien, die sich z.B. häufig auf einzelne Obdachlosensiedlungen beschränkten, relativieren allerdings den Wert ihrer Ergebnisse.

Auch im öffentlichen Bewußtsein gab es, teils implizit, teils explizit, Annahmen zur Zeitlichkeit von Armutsverläufen.²²⁾ In den 50er Jahren galten Armutslagen als vorübergehend, da im Zuge des Wiederaufbaus allmählich behebbar; nur die Armut der Alten war dauerhaft, bis die große Rentenreform ihren Lebensstandard radikal hob. In den 60er Jahren ging der Gesetzgeber bei Verabschiedung des Bundessozialhilfegesetzes davon aus, daß langanhaltende Notlagen immer mehr zur Ausnahme würden, es sei denn, es handele sich um „besondere Lebenslagen“ jenseits von Einkommensarmut, die in Zukunft den Schwerpunkt der Sozialhilfe ausmachen sollten (Buhr, Leibfried 1993). Gleichzeitig prägte damals jedoch die Figur der bis zum Lebensende armen alten Witwe das Bild des Sozialhilfeempfängers. Die Randgruppendifkussion der 70er Jahre ging generell von langfristigen Armutskarrieren aus. In den 80ern war es die zunehmende Zahl der Langzeitarbeitslosen — sie stieg de facto bis 1989, auf etwa ein Drittel aller Arbeitslosen —, die dazu führte, daß die gesamte Diskussion zu den Folgen von Armut und Arbeitslosigkeit am Langzeitfall aufgehängt wurde. Armut wurde synonym mit Langzeitararmut. Dieses Bild in Frage, ja auf den Kopf zu stellen, ist einer der Ansatzpunkte der empirischen Erforschung von Armut als Verlauf.

Methodisch setzt die dynamische Armutsforschung die Bewegung zu kleineren Einheiten fort: nicht das ganze Volk, nicht spezifische Gruppen, nicht einmal das Individuum, sondern einzelne *Episoden* werden zu den Bezugseinheiten der Analyse. Armut wird nicht mehr als Merkmal von Schichten, Bevölkerungssegmenten oder Personen gesehen, sondern als eine (oder mehrere, kürzere oder längere) Phase im Leben von Menschen. Die Armutbevölkerung stellt in dieser Sicht eine fluktuierende Masse von Personen dar, die in einer Phase ihres Lebens arm sind.

Die empirische Umsetzung einer solchen Perspektive setzt geeignete Längsschnittdaten voraus, wie sie in Deutschland erstmals in Form der Bremer Längsschnittstichprobe von Sozialhilfeakten (LSA) und des Sozio-ökonomischen Panels zur Verfügung stehen.²³⁾ Der Ursprung der lebenslauftheoretischen Armutsforschung liegt in der Tradition empirischer Wohlfahrts- und Ungleichheitsforschung in den USA. In Deutschland sind jedoch frühzeitig Verbindungen zu gesellschaftstheoretischen und zeitdiagnostischen Fragestellungen hergestellt worden (s. u.).

²²⁾ Siehe Übersicht, Zeile „Dauer/Dynamik“.

²³⁾ Auf der Basis der LSA wurden am Sonderforschungsbereich 186 die ersten dynamischen Analysen in Deutschland durchgeführt (Leisering, Zwick 1990). Bald folgten Analysen auf der Grundlage des Panels (z. B. Berger 1990, Bonß, Plum 1990, Headey, Habich, Krause 1990) und auf Grundlage prozeßproduzierter Daten aus anderen Städten (Samson 1992).

Die neue Forschungsrichtung ist geeignet, herrschende Armutsbilder in wichtigen Punkten umzustülpen. Neben der konzeptuellen Umschaltung auf Armutsphasen erstrecken sich die Innovationen auf die Messung und Analyse, die Erklärung und die Klassifikation von Armut. Außerdem verbindet sich die neue Sicht mit einem anderen Gesellschaftsbild.

Messung/Analyse: Bisher wurde Armut im Querschnitt, zu einem Stichtag, also statisch gemessen. Bewegungen in die Armut und aus ihr heraus waren nicht identifizierbar. Man konnte nicht sagen, ob die Armen des einen Jahres dieselben wie im Vorjahr waren oder – das andere theoretische Extrem – die Armutspopulation vollständig ausgetauscht wurde. Bezogen auf Individuen war nicht bekannt, wie lange oder wie kurz die Betroffenen in Armut verbleiben und wieviel Kurz- und Langzeitfälle es gibt. Befragte man Personen aus einer Querschnittsstichprobe nach ihrer Verweildauer in Armut, so ergab sich automatisch eine Überrepräsentation von Langzeitfällen, da diese eine größere Wahrscheinlichkeit als vorübergehend Arme haben, in eine Stichtagserhebung hineinzurutschen. Eine Längsschnitterhebung – z. B. aller Menschen, die innerhalb der letzten 10 Jahre mindestens einmal von Armut betroffen waren – gibt hingegen ein angemesseneres Bild der Chancen des einzelnen, aus Armut wieder herauszukommen. Alle Studien kommen auf dieser Grundlage zu dem Ergebnis, daß die meisten Menschen nur für kurze Zeit arm und „Ausbrüche“ die Regel sind. Die tiefverwurzelte Vorstellung langfristiger und hoffnungsloser Abstiegskarrieren trifft also nur auf einen kleinen Teil der Problemfälle zu.

Erste Ergebnisse der qualitativen, biographieanalytischen Richtung der dynamischen Armutsforschung, die neuerdings zu der quantitativ orientierten Richtung hinzutritt, zeigen zudem, daß selbst bei den Langzeitfällen ein großer Teil keineswegs dem dramatischen Bild gescheiterter Existenzen im Teufelskreis der Armut entsprechen (Ludwig 1992). Arme und Sozialhilfeempfänger erweisen sich als Handelnde, die in unterschiedlichem Ausmaß aktiv mit ihrer Lebenssituation umgehen und in den meisten Fällen in eine konsolidierte Erwerbs- und/oder Familienbiographie einmünden (Bubr, Ludwig 1993).

Erklärung: Die biographische Längsschnittperspektive führt auch zu einem erweiterten, dynamischen Kausalitätsbegriff. Herkömmlich werden nur die Ursachen des Weges *in* die Armut betrachtet. Empirische Analysen zeigen aber, daß sich die Ursachen während des Weges *durch* die Armut ändern können, und daß der Weg *aus* der Armut durchaus nicht auf einer Aufhebung der Ursache beruhen muß, die in die Armut einführt. Außerdem rückt in diesem Rahmen erstmals die Dauer und nicht nur das bloße Auftreten von Armut als zu erklärende Variable ins Blickfeld.

Das generelle Erklärungsmodell des dynamischen Ansatzes ist dabei geeignet, strukturelle und individuelle Bedingungsfaktoren zusammenzuführen. Es handelt sich also nicht um eine atomistisch-individualistische Sichtweise, wie man aufgrund der Fokussierung auf Lebensphasen annehmen könnte, sondern gerade um eine Integration mikro- und makrosoziologischer Erklärungselemente, die herkömmlich oft als Gegensätze gesehen werden. Ein solches Modell (z. B. bei Headey, Habich, Krause 1990, S. 18) geht davon aus, daß es strukturelle Risiken in unserer Gesellschaft gibt, die erst durch spezifische „life events“ wie Scheidung, Geburt eines Kindes, Verlust des Arbeitsplatzes in je individuellen Lebensläufen aktualisiert werden und zu Armut führen können.

Klassifikation: Wenn Armut als Lebensphase konzeptualisiert wird, scheint es keinen Sinn mehr zu machen, nach besonders betroffenen Gruppen und typischen Risikopopulationen zu fragen. Dies ist jedoch nicht der Fall; es ändern sich nur die Gesichtspunkte, bezüglich derer Arme klassifiziert oder typisiert werden. Während die herkömmliche statische Sicht sozialstrukturelle Typen unterscheidet – der verarmte Ar-

beitslose, der arme Alte, die Alleinerziehende — macht der neue Ansatz den Blick frei für Unterschiede in der Zeitdimension. Die Bezeichnung der herkömmlichen Typen als „Problemgruppen“, für die gezielte politische Maßnahmen zu ergreifen sind, erweist sich in diesem Licht als fragwürdig. Z. B. zerfällt die am häufigsten thematisierte Problemgruppe, die Arbeitslosen, in Langzeitfälle, (mehr) Kurzzeitfälle sowie (als relevante Teilgruppe der Kurzzeitfälle) „Wartefälle“, d. h. Sozialhilfeempfänger, die nur deshalb Hilfe beziehen, weil die beantragte Arbeitslosenunterstützung noch nicht ausbezahlt ist.²⁴⁾ Bei diesen drei Kategorien liegen sehr unterschiedliche Problemlagen vor, die entsprechend unterschiedliche sozialpolitische Bearbeitungsformen verlangen.

Geht man analytisch einen Schritt weiter, so kann man bei der Klassifikation der Armutspopulation die Zeitdauer sogar als primäres Unterscheidungsmerkmal einführen. Man kommt dann zu einer „zeitdynamischen“ Typologie, wie sie im Projekt „Sozialhilfeberuf“ des Sonderforschungsbereichs 186 für den Fall des Sozialhilfebezugs ausgearbeitet worden ist. Hilfebezieher werden nach Dauer und Kontinuität ihres Bezugs unterschieden. Die Typologie umfaßt den Kurzzeitfall (transitorischer Bezieher, „Überbrücker“), den Langzeitfall, den diskontinuierlichen „Pendler“ und „Mehrfachtransitorischen“ mit wechselndem Bezug sowie den „Ausbrecher“, dem nach längerem Bezug noch ein Ausstieg gelingt (Leisering/Zwick 1990, S. 736f.).

Gesellschaftsbild: Es ist bereits darauf hingewiesen worden, daß der methodische Rekurs auf einzelne Armutsepisoden im Leben Betroffener keinen Verzicht auf eine gesellschaftsstrukturelle Verortung impliziert; er macht eine solche Verortung jedoch schwieriger. Von Beginn an hat die dynamische Armutsforschung gesamtgesellschaftliche Bezüge hergestellt, wobei die Versuche, diese auf den Begriff zu bringen, so tentativ sind wie die allgemeine gesellschaftstheoretische Diskussion, der sie entstammen. Es geht darum, die in den letzten Dekaden beobachtbaren Prozesse einer „Modernisierung moderner Gesellschaften“ theoretisch einzufangen, sei es als forcierte gesellschaftliche Differenzierung im Zeichen von Individualisierung und „neuer Unübersichtlichkeit“ (Bonß/Plum 1990, S. 694) oder mit einem neuen Begriff als „Risikogesellschaft“ (Beck 1986) und, damit einhergehend, als „Verzeitlichung sozialer Ungleichheit“ (Berger 1990).

Wenn soziale Problemlagen nicht mehr bruchlos gesellschaftlichen Randschichten zugeordnet werden können, sondern als biographische Wechselfälle in einer unsteter und individualisierter gewordenen Welt prinzipiell jeden treffen können, so ist die damit gegebene neue Risikostruktur durch den Begriff der Risikogesellschaft angemessen umrissen. Es war Beck selbst (1986, S. 148), der als erster deutscher Soziologe die Idee von Armut als Lebensphase theoretisch formuliert hat. Klar ist jedenfalls, daß hierarchisch strukturierte Gesellschaftsmodelle wie das einer Zweidrittelgesellschaft nicht mehr ohne weiteres verfügbar sind. Eine Zwischenstellung nimmt in dieser Hinsicht die anschauliche deskriptive Formulierung von Headey, Habich, Krause (1990, S. 14) ein, daß die Bundesrepublik Deutschland keine Zweidrittelgesellschaft, sondern eine „75-15-10-Gesellschaft“ sei, mit 75 Prozent der Bevölkerung in stabilem Auskommen oder Wohlstand, 15 Prozent in zeitweiser bzw. gelegentlicher und 10 Prozent in häufiger oder dauerhafter Armut.²⁵⁾

Die Folgerungen, die sich aus den Ergebnissen der lebenslauftheoretischen Armutsforschung im Hinblick auf die Frage von Dramatisierung und Verdrängung ergeben,

²⁴⁾ Zur letzten Kategorie s. Leisering/Voges (1992, S. 456–468).

²⁵⁾ Zu den Gesellschaftsbildern, die dem politischen Armutsdiskurs in den vier Jahrzehnten der alten Bundesrepublik Deutschland zugrunde lagen, siehe die Übersicht.

sind durchaus ambivalent, entgegen dem Vorwurf der „Verharmlosung“ von Armut, der in bezug auf den neuen Ansatz aus dem sozialpädagogischen Milieu vorgebracht wird (Busch-Geertsema, Ruhstrat 1992). Einerseits werden gängige Armutsbilder in der Tat nachhaltig entdramatisiert: Armut ist meistens von kurzer Dauer, aktive Veränderungen der eigenen Lage durch die Betroffenen sind die Regel und auch längere Armutphasen sind nicht gleichzusetzen mit Hoffnungslosigkeit und Autonomieverlust. Arbeitsmarkt und geschlechtliche Arbeitsteilung stellen nur generelle Risikostrukturen dar, die erst durch spezifische Lebensereignisse individuell-biographisch armutsrelevant werden. Andererseits richtet die dynamische Armutsforschung erstmals die Aufmerksamkeit auf Formen von Armut, die bisher in Öffentlichkeit und Wissenschaft, auch und gerade von den Dramatisierern, verdrängt worden sind. Armut wird erkennbar als ein Phänomen, das nicht auf traditionelle Randschichten der Gesellschaft beschränkt ist, sondern als temporär erlebte Lage und permanentes Risiko in höhere Schichten hineinreicht. Nagel (1993) spricht von einer „Entgrenzung sozialer Problemlagen“.²⁶⁾ In dieser Hinsicht wird bisher verdrängte Armut „dramatisiert“ — aber auf realer Grundlage.

6. Umgang mit Armut und gesellschaftlicher Wandel

Verdrängung und Dramatisierung sind Formen des Umgangs mit sozialen Problemen, die nicht auf Armut beschränkt sind. Dramatisierungs- und Verdrängungsstrategien forcieren bzw. konterkarieren die Mobilisierung öffentlicher Aufmerksamkeit in bezug auf verschiedenste Themen des öffentlichen Diskurses. Insoweit schließt die Analyse dieser beiden Formen des Umgangs mit Armut an die gängige Vorstellung einer Themenkarriere in der allgemeinen Theorie sozialer Probleme an.²⁷⁾ Das Thema Armut, so versuchen wir in diesen abschließenden Überlegungen zu zeigen, ist jedoch in besonderer Weise von der Dialektik von Verdrängung und Dramatisierung betroffen: Zum einen sind es längerfristig wirksame, institutionell sedimentierte *kulturelle* Grundhaltungen, die — mehr als etwa im Fall von Arbeitslosigkeit, Alter oder der Umweltproblematik — den gesellschaftlichen Umgang mit Armut prägen. Zum andern wird das Armutproblem in *Zeiten gesellschaftlichen Umbruchs*, in Krisen- und Übergangszeiten, in besonderer Weise aktualisiert. Gerade in solchen Entwicklungsphasen stellt sich die Frage, wie eine Gesellschaft mit Armut umgeht und ob mentale Änderungen und Lerneffekte möglich sind.

Mit diesen Thesen bzw. Fragestellungen wird zugleich die Erklärungskraft der beiden soziologischen Theorieansätze, die dem vorliegenden Beitrag zugrunde liegen, kritisch hinterfragt bzw. relativiert. Nicht eine einheitliche Wohlfahrtskultur oder ein Pluralismus von Wohlfahrtskulturen unterschiedlicher gesellschaftlicher Akteure, sondern mehrere *problemspezifische* Wohlfahrtskulturen, „Problemkulturen“²⁸⁾, existie-

²⁶⁾ Eine solche über das Armutproblem hinausgehende Formulierung ist gerechtfertigt durch Studien in anderen Bereichen, primär Arbeitslosigkeit, die ebenfalls anhand eines lebenslauf- und biographieanalytischen Ansatzes zu vergleichbaren Ergebnissen gekommen sind (Mutz u. a. 1992).

²⁷⁾ Nur in der deutschen Armutsliteratur, die sich bis in die 80er Jahre weitgehend von der allgemeinen soziologischen Forschung abgekoppelt hatte, konnte der Eindruck entstehen, daß die Thematisierung von Armut ausschließlich durch Formen der Verdrängung gekennzeichnet sei.

²⁸⁾ Vgl. Gusfield (1981), der den Begriff „culture of public problems“ allerdings als problemübergreifendes Merkmal demokratisch verfaßter Wohlfahrtsstaaten versteht.

ren in unserer Gesellschaft und sind in bezug auf ihre Folgen für den Umgang mit dem jeweiligen Problem zu untersuchen. Die Theorie sozialer Probleme, die problemspezifische Faktoren besser berücksichtigen kann, unterschätzt dagegen in ihren Themenkarrieremodellen längerfristig wirksame kulturelle Faktoren sowie den Einfluß „objektiven“ gesellschaftlichen Wandels auf Änderungen von Problemdefinitionen. Die im folgenden angedeutete Analyse verbindet daher Elemente beider Forschungsperspektiven.

Verdrängung und Dramatisierung sind entgegengesetzte Formen des Umgangs mit Armut. Sie haben aber eines gemeinsam: *Beide* Strategien bringen zum Ausdruck, daß unsere Gesellschaft kein „normales“ Verhältnis zu einem ihrer Teilbereiche gefunden hat, daß Armut nicht als ein sozialer Tatbestand gesehen wird, der integraler Teil des gesellschaftlichen Zusammenhangs ist und der das Leben „normaler“ Menschen betrifft. Beide Strategien laufen auf eine soziale Ausgrenzung hinaus, auf die Zuschreibung einer Sonderstellung im Bereich des Sozialen. Sowohl die Analyse der kulturellen Grundlagen von Verdrängung und Dramatisierung als auch ihrer Rolle in gesellschaftlichen Umbruchsprozessen muß daher auch nach Gemeinsamkeiten beider fragen.

6.1 Kulturelle Hintergründe des politischen Umgangs mit Armut

Die Begründung einer kultursoziologischen Erklärung des Umgangs mit Armut liegt u. a. darin, daß *Interessen* in bezug auf das Armutsproblem eine relativ geringe Rolle spielen. Daß die Armen selbst aufgrund ihrer sozialen Heterogenität und ihres geringen Protestpotentials nur unzureichend in der Lage sind, gemeinsame Interessen zu entwickeln und durchzusetzen, ist naheliegend. Auf die geringe parteipolitische Besetzung des Armutsthemas ist bereits hingewiesen worden (armenpolitische Abstinenz der SPD, Beschränkung genuiner Armenpolitik auf die Grünen). Politisch und wirtschaftlich interessenrelevant scheint Armut primär nur indirekt, durch ihre *Folgen* zu sein: Folgen für die Budgets von Bund, Ländern und Gemeinden und für die Sicherung von Arbeitsbereitschaft am Arbeitsmarkt. Während die wachsenden Sozialhilfeausgaben direkt fiskalpolitische Interessen berühren (sowie das Interesse der Unternehmen an geringer Steuerbelastung), scheint die zyklisch aufflammende Debatte zur Gefährdung der Arbeitsbereitschaft durch Leistungen der Sozialhilfe und Arbeitslosenversicherung weit weniger an empirische Befunde gekoppelt zu sein. Hier scheinen feststehende gesellschaftspolitische Deutungsmuster eine starke Rolle zu spielen.

Die ausgeprägteste Interessenformation, die sich im Hinblick auf die Armen geltend macht, sind die professionellen und semi-professionellen Leistungsanbieter im Sozialstaat sowie „advokatorische“ Interessenvertreter, die stellvertretend für soziale Problemgruppen tätig werden (vgl. von Winter 1990, S. 330f.). Diese sind die primäre Quelle eines dramatisierenden Umgangs mit Armut. Aber auch in diesem Fall sind nicht nur professionelle Eigeninteressen wirksam. Auch hier ist mit unterschiedlichen „Kulturen“, z. T. entsprechend den unterschiedlichen Ausbildungsgängen, zu rechnen. Die insgesamt geringe Interessenrelevanz von Armut verweist darauf, daß kulturellen, ideellen und normativen Faktoren für die Erklärung des gesellschaftlichen Umgangs mit Armut ein besonderes Gewicht zukommt.²⁹⁾

²⁹⁾ Kaufmann (1991, S. 24) weist in seinen grundlegenden Ausführungen zur Analyse von „Wohlfahrtskulturen“ darauf hin, daß die analytische Trennung von Interessen und kulturellen Faktoren (Ideen und Normen) auch im Wohlfahrtsbereich schwierig ist, und daß daher diejenigen sozialen Phänomene besonders für wohlfahrtskulturelle Analysen geeignet sind, bei denen eine gewisse Interessenindifferenz vorliegt.

Kultursoziologisch ist Armut ein „altes“ Problem. Das Assoziationsfeld weist weit zurück in die menschliche Geschichte. Armut gilt als existenzielle Grundbefindlichkeit der Völker, als *conditio humana*, die nur in den letzten Phasen der Menschheitsgeschichte in einigen Ländern durchbrochen werden konnte und als permanente Drohung allgegenwärtig bleibt. Auch wenn dieser gesellschaftsgeschichtliche Hintergrund nach einer längeren Phase wirtschaftlicher Prosperität im Alltagsbewußtsein teilweise in Vergessenheit geraten ist, so bewahrt doch die in der Bevölkerung verbreitete Assoziation von Armut und Dritter Welt diesen Bezug. Im Unterschied dazu würden höchstens Wirtschaftsplaner der UN von Arbeitslosigkeit als einem Menschheitsproblem sprechen; die Rede von aus religiösen Gründen selbst gewählter Arbeitslosigkeit wäre gänzlich absurd. Auch im engeren neuzeitlichen Maßstab ist Armut „alt“. Die Anfänge der Marktgesellschaft im 16. Jahrhundert waren eng mit der neuartigen Armut verknüpft, die in den meisten westeuropäischen Ländern im zweiten Drittel des Jahrhunderts zu einer Armengesetzgebung führte, die erst im 19. Jahrhundert grundlegend umgestaltet wurde. Arbeitslosigkeit als politische Kategorie ist dagegen ein Produkt des Industriekapitalismus des späten 19. und frühen 20. Jahrhunderts.

All dies schwingt mit, wenn von Armut die Rede ist. Im engeren Sinne prägend, auch in institutioneller Hinsicht, war die Redefinition von Armut im 19. Jahrhundert. Armut als soziale und politische Kategorie wurde *residualisiert*. War im frühneuzeitlichen England mit „den Armen“ die neue Klasse der Lohnarbeiter gemeint, so wurde im ersten Drittel des 19. Jahrhunderts eine strikte Unterscheidung von Arbeitern und Armen durchgesetzt, manifest im Ausschluß der Arbeiter von Leistungen der Armenhilfe (1834) (Leisering 1989, S. 157–159). In Deutschland etablierte die Einführung der Sozialversicherung in den 1880er Jahren die Differenz von Arbeiterpolitik (Entwicklung beitragsbasierter Sozialversicherungssysteme) und Armenpolitik (diskriminierende „Armenpflege“). Die zur gesellschaftlichen Kernschicht aufsteigende Gruppe der Arbeiter wurde als nicht-arm definiert und zugleich die verbleibenden Armen mit dem Makel des Außenseitertums versehen. Die Armen wurden zum Residuum der Klassengesellschaft. Später, nachhaltig erst mit Wirtschaftswunder und Sozialstaatsexpansion in der Bundesrepublik, wurde die semantische und sozialpolitische Umdefinition durch die reale gesellschaftliche Entwicklung eingelöst.

Die institutionelle Residualisierung und Marginalisierung der Armen durch das deutsche Sozialpolitikmodell ist bis heute wirksam und wohlfahrtskulturell untermauert durch die essentialistisch aufgeladene Trias sozialpolitischer Ordnungsprinzipien (Sozial-)„Versicherung“ – „Versorgung“ – „Fürsorge“.³⁰⁾ 1957 durch ordnungspolitischen Ausbau der Rentenversicherung erst voll realisiert, 1961 auf seiten der Armenpolitik durch die Fürsorgereform abgeschwächt und zuletzt im Rentenreformgesetz '92 erneut konsolidiert, bildet diese Trias bis heute den normativen Angelpunkt der sozialpolitischen Landschaft im Bereich sozialer Sicherung. Noch anlässlich der Beratungen zur Rentenreform '92 lehnte u. a. das Zentralkomitee der Deutschen Katholiken die Einführung einer Mindestrente als „systemfremd“ ab; nicht auf eigenen Vorleistungen beruhende Zahlungen gehörten in die Sozialhilfe, nicht in die Sozialversicherung. Auch bei der Übertragung des triadischen Modells auf die neuen Bundesländer wurden politisch nur zeitlich befristete Abweichungen, wie etwa der Sozialzuschlag in der Sozialversicherung, toleriert. Die dogmatische Normativierung eines idealtypischen institutionellen Arrangements entspricht einer spezifisch deutschen Verbindung von liberalökonomischem und konservativem Gedankengut. Sozialbürgschaft wird defi-

³⁰⁾ Der Begriff Versorgung bezieht sich dabei auf Leistungen, die aufgrund eines Dienstes an der Allgemeinheit erbracht werden (Kriegsopfer- und Beamtenversorgung).

niert auf der Grundlage erwerbswirtschaftlicher Tätigkeit in Verbindung mit tradierten geschlechtsspezifischen familialen Versorgungsstrukturen, angereichert durch Relikte ständischer Vorstellungen (in der Beamten-, „Versorgung“). Die Armen, die sich in diese Voraussetzungen nicht einfügen, werden institutionell und sozioethisch marginalisiert. Auch das Prinzip der Subsidiarität im Bereich sozialer Hilfen, der Vorrang des kleinen Kreises vor höhererigen, staatlichen Hilfeleistungen, leistet einer Benachteiligung der sozial Schwachen Vorschub, deren primäre Bezugsgruppen brüchig geworden sind.

Das sozialkritische Potential der sozialen Berufe und der stellvertretend agierenden Anwälte sozialer Problemgruppen in Wohlfahrtsverbänden und lokalen Initiativen ist dagegen weitgehend in Bereichen lokalisiert, die im Rahmen der institutionellen Gesamtstruktur des Wohlfahrtsstaats eher Randzonen sind, wie Sozialarbeit und kommunale soziale Dienste. Bei diesem Personenkreis sind egalitäre und universalistische Grundvorstellungen anzutreffen. Folgerichtig zielt die entsprechende Forderung einer allgemeinen Grundsicherung auf einen allgemeinen Sozialbürgerstatus, der Arme, Frauen, Alte und andere Problemgruppen gleichermaßen betrifft. Die Idee richtet sich im Kern gegen die Ungleichheitsstruktur legitimer Versorgungsansprüche, die in der Trennung von Versicherung, Versorgung und Fürsorge verkörpert ist.

Das Mobilisierungspotential dieser Gruppierungen erscheint jedoch gering. Zum einen sind sie längst Teil des sozialpolitischen Establishments geworden mit entsprechenden Eigeninteressen. Sie können sich von daher nicht in gleicher Weise wie etwa die Umweltbewegung autonom und innovativ eines Themas bemächtigen. Wenn Nowotny (1982, S. 130f.) auf eine „kritische“, institutionendistanzierte Armutsforschung sowie auf eine noch weitergehende anti-institutionelle (Aktions-)Forschung setzt, die in Verbindung mit sozialen Bewegungen das Armutsthema gegen administrative Problemverengungen neu definieren soll, so übersieht sie, daß diese kritischen Traditionen seit den 70er Jahren personell in den sozialstaatlichen Problembearbeitungsapparat eingeflossen und in mancher Hinsicht zu einer beharrlichen Kraft geworden sind. Dramatisierung trägt hier nicht selten anachronistische und reaktive Züge, im Unterschied zu der (zumindest zeitweise) *innovativen Dramatisierung* in Umwelt-, Friedens- und Frauenbewegung. Kennzeichen einer derart „regressiven“ *Dramatisierung* ist ihr bloß anklagender Charakter, der sich auf eine Negativkritik herrschender gesellschaftlicher Interessen und Politiken verlegt und dabei an Gesellschaftsbildern wie der Zweidrittelgesellschaft orientiert bleibt, die weder den Erfahrungshintergrund breiterer Bevölkerungskreise treffen können noch den neueren Tendenzen gesellschaftlichen Wandels Rechnung tragen. Indem diese Kritik zur Aufhebung von Marginalisierung und Stigmatisierung beitragen will und zu diesem Zweck die eingeschränkte Handlungsfähigkeit der Betroffenen drastisch darstellt, trägt sie ungewollt zu einer *advokatorischen Sekundärstigmatisierung* bei. Insoweit bleibt sie den kritisierten Diskriminierungsstrukturen verhaftet und betreibt selbst eine Ausgrenzung.

Zudem ist generell fraglich, ob alte, seit langem virulente soziale Probleme wie Armut und Arbeitslosigkeit überhaupt derart effektiv dramatisiert werden können wie Kaufmann (1991, S. 23) es von den seinerzeit neuen Themen Umwelt und Frieden aussagt: „Wo immer heute *Dramatisierung* noch gelingt, wo Affekte kollektiv auf bestimmte Ideen und Vorstellungen hin mobilisiert werden können, wie dies in jüngster Zeit im Bereich von Frieden und Umwelt, vielleicht auch demjenigen weiblicher Emanzipation gelang, da besteht die Chance neuer, wertmächtiger Elemente normativer Kultur.“

Wenn das soziokulturelle „Alter“ des Problems und die wohlfahrtskulturelle Residualisierung Armut zu einem gesellschaftsgeschichtlichen Relikt und einer „Restgröße“ machen, so liegt es nahe, daß Politiker, Bürger, aber auch Wissenschaftler³¹⁾ Armut marginalisieren, aus dem Bereich „normaler“ gesellschaftlicher Phänomene ausgrenzen. Armut kann dann nur noch als Abweichung von einer idealisierten Moderne vorgestellt werden, eine Abweichung, die aufgrund ihres anachronistischen, intolerablen Charakters verdrängt oder gerade dramatisch in Szene gesetzt werden muß. Dies ist die gemeinsame Wurzel von Verdrängung und Dramatisierung. Das Verhältnis der beiden Formen weist Parallelen auf zu dem Verhältnis von Stigma und Charisma, das Lipp in seiner Studie sozialen Grenzverhaltens darstellt. Stigma als Abwehr von Schuld kann in Charisma umgedeutet und dramatisierend dargestellt werden (Lipp 1985, S. 204, 223). Auch im historischen Ablauf ist Dramatisierung teilweise eine Reaktion auf Verdrängungsversuche. Im politischen Diskurs gehen, wie gezeigt, Verdrängung und Dramatisierung nicht selten in ein und derselben Position eine Verbindung ein.

6.2 Armut und gesellschaftliche Umbrüche

In verschiedenen soziologischen Studien werden gesellschaftliche Einbrüche und Übergänge als Anlässe oder als Chancen für Dramatisierung gesehen. Kaufmann (1991, S. 23, Anm. 9) denkt u. a. an Katastrophen als Auslöser von Dramatisierungsvorgängen im Wohlfahrtsbereich. Ähnlich sieht Lipp (1985, S. 220f.) Grenzzustände wie „Verengung“ (im wirtschaftlichen Bereich z. B. Not) und „Überdehnung“ (z. B. Überfluß) als Situationen, in denen Dramatisierung wahrscheinlich ist und mit einem Publikum rechnen kann. Nach Nowotny (1982) hat die sozialwissenschaftliche Armutsforschung gerade in „Krisen“ die Chance, ihre Definitionsmacht geltend zu machen, und zwar dann, wenn sie als kritische „Krisenwissenschaft“ und mehr noch als Aktionsforschung den „Bewegungscharakter sozialer Probleme“ reflektiert und sozial gegen eine bloße „Problemverwaltung“ durch bürokratische Apparate mobilisiert.

Die Verknüpfung von Krise und Dramatisierung, die im Kern auf soziale Bewegungen oder charismatische Einzelpersonlichkeiten zielt, ist jedoch nicht zwingend. Bezogen auf das politisch-administrative System kann umgekehrt auch eine Strategie der Problemverdrängung in Zeiten erhöhten gesellschaftlichen Problemdrucks als funktional erscheinen. So kann eine Verdrängung absehbarer dauerhafter Armutslagen in Zeiten gesellschaftlicher Transformation *entwicklungspolitisch* begründet werden, auch wenn empirisch bekannt ist, daß nicht alle Transformationsarmut vorübergehend ist.

Das Konzept „funktionaler Armut“, d. h. die Vorstellung, daß soziale Entwurzelung und Deprivation notwendige Korrelate tiefgreifender sozioökonomischer Umstrukturierungen sind, war schon in der Frühzeit der Industriellen Revolution in England ausgebildet (Leisering 1989, S. 136f.). So konnte relative politische Indifferenz gegenüber Armut legitimiert werden. Luhmann räumt in einer Analyse der Ausdifferenzierung des Wirtschaftssystems im 19. Jahrhundert die Möglichkeit ein, daß ein gesellschaft-

³¹⁾ Vgl. die noch heute zutreffende Charakterisierung der soziologischen Ungleichheitsforschung durch Kreckel (1983, S. 9): „Eine stillschweigende Prämisse der herkömmlichen Ungleichheitsforschung ist die Ausgliederung bestimmter Kategorien gesellschaftlich Benachteiligter, der sog. ‚Randgruppen‘, aus ihrem Gegenstandsbereich. Der traditionellen Ungleichheitsforschung geht es gewissermaßen nur um die ‚normalen‘, nicht die ‚abweichenden‘ Ungleichheiten.“

liches Subsystem zeitweise einen funktionalen Primat in der Gesellschaft beanspruchen und die funktionalen Belange anderer Systeme ignorieren kann. Dies könne jedoch nur während eines „evolutionären Engpasses“ (Luhmann 1970, S. 227) stattfinden, den Luhmann im Durchbruch des Industriekapitalismus im 19. Jahrhundert als gegeben ansah, als soziales Elend von den wirtschaftlichen Eliten weitgehend übersehen werden konnte und in dieser funktionalistischen Sicht übersehen werden „mußte“.

Sowohl Dramatisierungs- als auch Verdrängungsstrategien sind also Formen des Umgangs mit gesellschaftlichen Katastrophen, Krisen, Grenzsituationen oder evolutionären Engpässen, sie sind insoweit funktional äquivalent. Aber selbst diese Feststellung scheint der Vielfalt möglicher Umgangsformen mit Armut in Zeiten sozialen Umbruchs noch nicht gerecht zu werden. Denn aus der Schlußfolgerung von Abschnitt 6.1, daß Verdrängung wie Dramatisierung als Reaktionen auf eine mental intolerable Abweichung von einer idealisierten Modernisierungsvorstellung interpretierbar sind, ist die Hypothese ableitbar, daß in „anerkannten“ und offenbaren Brüchen im Modernisierungsprozeß, wie Kriegen und Wiederaufbau, vorübergehend ein Verhältnis zu Armut gewonnen werden kann, das weder auf eine Über- noch auf eine Unterzeichnung der Wirklichkeit in Form von Dramatisierung bzw. Verdrängung angewiesen ist.

In den gesellschaftlichen Umbrüchen in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland können alle Varianten der Relation zwischen gesellschaftlichem Umbruch und Umgang mit Armut beobachtet werden. In der Wiederaufbausituation in den frühen 50er Jahren war weder Verdrängung noch Dramatisierung prägend für den Umgang mit Armut als Ganzes, die vielmehr als allgemeine „Not“ versachlicht und affektiv-normativ neutralisiert wurde. In Teilbereichen fanden aber signifikante Ausblendungen statt, so die erstaunliche Dethematisierung der hohen Arbeitslosigkeit im offiziellen politischen Diskurs jener Jahre (Bubr u. a. 1991, S. 507). Für die 80er Jahre war, in den Begriffen von Lipp, eine Parallelität von „Überdehnung“ (unerwarteten Wirtschaftswachstum) und „Verengung“ (wachsende Arbeitslosigkeit und Armut) charakteristisch, die zu einem unvermittelten Nebeneinander von Dramatisierung sozialer Probleme und Inszenierung der Symbolwelt eines gesteigerten Konsumstils in unterschiedlichen Teilöffentlichkeiten führte.

Im Transformationsprozeß in den neuen Bundesländern verfolgten führende Politiker lange eine entwicklungspolitische Strategie der Problemverdrängung, während sich die Betroffenen dem realen Drama eines abrupten Umbruchs von Lebenslagen und Biographien gegenüber sahen. Versuche effektvoller Dramatisierung der Armut im neuen Gesamtdeutschland, unter Einschluß prekärer Entwicklungen im Westen, gehen von sozial engagierten Teilöffentlichkeiten aus, z. B. in Form der „Nationalen Armutskonferenz“, und können dabei nahtlos an entsprechende Bestrebungen in den 80er Jahren anknüpfen. Die Mobilisierungseffekte scheinen bis dato eher gering zu sein. Trotz der grundsätzlich veränderten gesellschaftlichen Lage scheint der sozialpsychologische „Gewöhnungseffekt“ infolge andauernder Thematisierung (Schäfers 1992, S. 119), der schon in den späten 80er Jahren einsetzte, fortzudauern und durch Dramatisierung eher gefördert als konterkariert zu werden. Hinzu kommen Verdrängungseffekte durch andere Themen wie z. B. die Ausländerproblematik.

Ob die Lage in Deutschland und die Veränderungsprozesse in Ost- und Westeuropa zu einem veränderten Umgang mit Armut führen, bleibt abzuwarten. Es stellt sich die Frage, ob die neuen Formen verzeitlichter und sozial entgrenzter Armut, für die die lebenslauftheoretischen Armutforschung erste Anhaltspunkte bereitgestellt hat, in der politischen Öffentlichkeit wahrgenommen werden. Da die begriffliche Fassung der neuen Ungleichheiten in der „anderen Moderne“ der Risikogesellschaft in der Soziologie selbst noch nicht klar ausgearbeitet ist, wird ein durchgreifender Wandel öffent-

licher Armutsbilder möglicherweise längerfristiger Natur sein. In diesem Zusammenhang stellt sich die grundsätzliche Frage, ob der Armutsbegriff als solcher heute überhaupt noch angemessen ist (Schäfers 1992, S. 105). Bei den Betroffenen selbst und bei den jüngeren Sozialarbeitern hat bereits ein Wandel in Richtung eines neuen, nicht marginalisierenden Verständnisses von Armut begonnen. Gibt es hier überhaupt noch eine Basis für eine soziale Bewegung, die in innovativ-dramatisierender Weise das Armutproblem in die Öffentlichkeit tragen könnte? Es könnte jedoch sein, daß in den neuen Bundesländern „alte“ Formen von Armut, die längst vergessen schienen (obwohl sie auch im Westen mit der neuen Armut koexistieren), auch längerfristig relevante Bevölkerungsteile betreffen. Dann stellt sich die Frage erneut, wie unsere Gesellschaft mit einer derartigen Abweichung von idealisierten Modernitätsvorstellungen umgeht.

Literaturverzeichnis

- Albrecht, G.: *Vorüberlegungen zu einer „Theorie sozialer Probleme“*. In: von Ferber, Ch., Kaufmann, F.-X. (Hrsg.): *Soziologie und Sozialpolitik*. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 19, 1977, S. 143–185.
- Baier, H.: *Herrschaft im Sozialstaat*. In: von Ferber, Ch., Kaufmann, F.-X. (Hrsg.): 1977, S. 128–142.
- Beck, U.: *Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne*. Frankfurt am Main 1986.
- Berger, P.A.: *Ungleichheitsphasen. Stabilität und Instabilität als Aspekte ungleicher Lebenslagen*. In: Berger, P.A., Hradil, S. (Hrsg.): *Lebenslagen, Lebensläufe, Lebensstile*. Sonderband 7 der Sozialen Welt, Göttingen 1990, S. 319–350.
- Bonß, W., Plum, W.: *Gesellschaftliche Differenzierung und sozialpolitische Normalitätsfiktion*. Zeitschrift für Sozialreform, 36, 1990, S. 692–715.
- Buhr, P., Leibfried, S.: *„What a Difference a Day Makes“: Die sozialpolitische Bedeutung der Messung der Dauer des Sozialhilfebezugs*. In: Nachrichtendienst des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge, 73, 1993, S. 179–184.
- Buhr, P., Leisering, L., Ludwig, M., Zwick, M.: *Armut und Sozialhilfe in vier Jahrzehnten*. In: Blanke, B., Wollmann, H. (Hrsg.): *Die alte Bundesrepublik. Kontinuität und Wandel*. Leviathan Sonderheft 11, Opladen 1991, S. 502–546.
- Busch-Geertsema, V., Ruhstrat, E.-U.: *Kein Schattendasein für Langzeitarmer! Wider die Verharmlosung von Langzeitarmer im Zusammenhang mit der „dynamischen“ Armutsforschung*. In: Nachrichtendienst des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge, 72, 1992, S. 366–370.
- Colla, H.-E.: *Armut im Wohlfahrtsstaat*. In: Bellebaum, A., Braun, H. (Hrsg.): *Reader Soziale Probleme 1*. Empirische Befunde. Frankfurt am Main/New York 1974, S. 19–33.
- Döring, D., Hanesch, W., Huster, E.-U. (Hrsg.): *Armut im Wohlstand*. Frankfurt am Main 1990.
- Döring, D., Hanesch, W., Huster, E.-U. (Hrsg.): *Armut als Lebenslage. Ein Konzept für Armutsberichterstattung und Armutspolitik*. Einleitung. In: Dies. (Hrsg.): Frankfurt am Main 1990, S. 7–27.
- Glatzer, W.: *Einkommenspolitische Zielsetzungen und Einkommensverteilung*. In: Zapf, W. (Hrsg.): *Lebensbedingungen in der Bundesrepublik Deutschland. Sozialer Wandel und Wohlfahrtsentwicklung*. 2. Auflage. Frankfurt am Main 1978, S. 323–384.
- Glatzer, W., Hübinger, W.: *Lebenslagen und Armut*. In: Döring u.a. (Hrsg.): 1990, S. 31–55.
- Gusfield, J. R.: *The Culture of Public Problems. Drinking-Driving and the Symbolic Order*. Chicago/London, University of Chicago Press, 1981.

- Haferkamp, H.: *Theorie sozialer Probleme. Kritik der neueren nordamerikanischen Problemsoziologie*. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 39, 1987, S. 121–131.
- Hauser, R., Cremer-Schäfer, H., Nouvertné, U.: *Armut, Niedrigeinkommen und Unterversorgung in der Bundesrepublik Deutschland*. Frankfurt am Main/New York 1981.
- Headey, B., Habich, R., Krause, P.: *The Duration and Extent of Poverty – Is Germany a Two-Thirds-Society?* Arbeitspapier P90/103, Wissenschaftszentrum für Sozialforschung, Berlin 1990.
- Heinze, R. G., Hinrichs, K., Hohn, H.-W., Olk, T.: *Armut – nur ein Restproblem des Sozialstaats? Eine Erwiderung auf die Kritik von Kohl, Leisering*. Zeitschrift für Soziologie 12, 1983, S. 157–168.
- Hess, H., Mechler, A.: *Ghetto ohne Mauern. Ein Bericht aus der Unterschicht*. Frankfurt am Main 1973.
- Higgins, J.: *The Poverty Business: Britain and America*. Oxford 1978.
- Hohmann, K. (Hrsg.): *Ludwig Erhard. Gedanken aus fünf Jahrzehnten*. Reden und Schriften. Düsseldorf/Wien/New York 1988.
- Iben, G.: *Armut und Wohnungsnot in der Bundesrepublik Deutschland*. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“, B 49/92, S. 18–29.
- Jaedicke, W., Ruhland, K., Wachendorfer, U., Wollmann, H., Wonneberg, H.: *Lokale Politik im Wohlfahrtsstaat. Zur Sozialpolitik der Gemeinden und ihrer Verbände in der Beschäftigungskrise*. Opladen 1991.
- Karstedt, S.: *Soziale Randgruppen und soziologische Theorie*. In: Brusten, M., Hohmeier, J. (Hrsg.): *Stigmatisierung 1. Zur Produktion gesellschaftlicher Randgruppen*. Neuwied 1975, S. 169–196.
- Kaufmann, F.-X.: *Wohlfahrtskultur – ein neues Nasobem?* In: Nippert, R. P. u. a. (Hrsg.): *Kritik und Engagement*. Festschrift für Christian von Ferber. München 1991, S. 19–27.
- Krause, P.: *Einkommensarmut in der Bundesrepublik Deutschland*. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“, B 49/92, S. 3–17.
- Kreckel, R.: *Theorie sozialer Ungleichheiten im Übergang*. In: Kreckel, R. (Hrsg.): *Soziale Ungleichheiten*. Sonderband 2 der Sozialen Welt. Göttingen 1983, S. 3–12.
- Leibfried, S., Voges, W., unter Mitarbeit von Leisering, L.: *Vom Ende der Ausgrenzung. Armut und Soziologie*. In: Leibfried, Voges, 1992, S. 9–33.
- Leibfried, S., Voges, W. (Hrsg.): *Armut im modernen Wohlfahrtsstaat*. Sonderheft 32 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Opladen 1992.
- Leibfried, S., Tennstedt, F. (Hrsg.): *Armenpolitik und Arbeiterpolitik. Zur Entwicklung und Krise der traditionellen Sozialpolitik der Verteilungsformen*. In: dies.: *Politik der Armut und die Spaltung des Sozialstaats*. Frankfurt am Main 1985, S. 64–93.
- Leisering, L.: *Origins of the Dynamics of the Welfare State. Societal Differentiation and the Formation of Statutory Welfare in England 1795–1847. A Sociological Study*. Ph.D. thesis, London, School of Economics and Political Science, 1989.
- Leisering, L.: *Poverty Analysis and Anti-Poverty Policies: The Problem of the Unit of Reference*. Referat auf dem Workshop „The Future of International Poverty Research“, International Social Science Council, Bergen. MS Universität Bremen 1991.
- Leisering, L.: *Armut hat viele Gesichter. Vom Nutzen dynamischer Armutsforschung*. In: Nachrichtendienst des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge 73, 1993, S. 297–305.
- Leisering, L., Voges, W.: *Erzeugt der Wohlfahrtsstaat seine eigene Klientel? Eine theoretische und empirische Analyse von Armutsprozessen*. In: Leibfried, Voges, 1992, S. 446–472.
- Leisering, L., Zwick, M.: *Heterogenisierung der Armut? Alte und neue Perspektiven zum Strukturwandel der Sozialhilfeklientel in der Bundesrepublik Deutschland*. In: Zeitschrift für Sozialreform 36, 1990, S. 715–745.

- Lipp, W.: *Stigma und Charisma. Über soziales Grenzverhalten*. Berlin 1985.
- Ludwig, M.: *Sozialhilfekarrieren: Ein Teufelskreis der Armut?* In: Nachrichtendienst des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge 72, 1992, S. 359–365.
- Luhmann, N.: *Wirtschaft als soziales System*. In: Luhmann, N.: *Soziologische Aufklärung 1*. Opladen 1970, S. 204–231.
- Marshall, Th. H.: *Changing Ideas about Poverty*. In: Marshall, Th. H.: *The Right to Welfare and Other Essays*. London 1981, S. 29–49.
- Matthes, J.: *Gesellschaftspolitische Konzeptionen im Sozialhilferecht. Zur soziologischen Kritik der neuen deutschen Sozialhilfegesetzgebung 1961*. Stuttgart 1964.
- Merton, R. K.: *Social Problems and Sociological Theory*. In: Merton, R.K., Nisbet, R. (Hrsg.): *Contemporary Social Problems*. 3. Auflage (1. Auflage 1961), New York u.a., Harcourt Brace Jovanovich, 1971, S. 793–845.
- Münke, S.: *Die Armut in der heutigen Gesellschaft. Ergebnisse einer Untersuchung in Westberlin*. Berlin 1956.
- Mutz, G., Ludwig-Mayerhofer, W., Koenen, E.J., Eder, K., Bonß, W.: *Postindustrielle Arbeitslosigkeit. Analysen zur Strukturierung und Normalisierung diskontinuierlicher Erwerbsverläufe*. Abschlußbericht an die DFG. München/Florenz/Hamburg 1992, Ms.
- Nagel, U.: *Hilfe als Profession*. In: Leisering, L., Geissler, B., Rabe-Kleberg, U., Mergener, U. (Hrsg.): *Moderne Lebensläufe im Wandel. Beruf – Familie – Soziale Hilfen – Krankheit*. Weinheim 1993 (im Erscheinen).
- Nowotny, H.: *Vom Definieren, vom Lösen und vom Verwalten sozialer Probleme: Der Beitrag der Armutforschung*. In: Beck, U. (Hrsg.): *Soziologie und Praxis*. Soziale Welt, Sonderband 1, Göttingen 1982, S. 115–134.
- Paritätischer Wohlfahrtsverband (Hrsg.): *„... wessen wir uns schämen müssen in einem reichen Land ...“: Armutsbericht des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes für die Bundesrepublik Deutschland*. Blätter der Wohlfahrtspflege 136. Stuttgart 1989.
- Samson, R.: *Analyse der Bezugsdauer von Hilfe zum Lebensunterhalt anhand der Abrechnungsdaten der Stadt Bielefeld*. In: Johrendt, N., Schneider, H. R. (Hrsg.): *Computergestützte Sozialhilfeberichterstattung und Sozialplanung*. Bielefeld 1992, S. 109–119.
- Schäfers, B.: *Zum öffentlichen Stellenwert von Armut im sozialen Wandel der Bundesrepublik Deutschland*. In: Leibfried, Voges 1992, S. 104–123.
- Specht-Kittler, T.: *Obdachlosigkeit in der Bundesrepublik Deutschland*. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“, B 49/92, S. 31–41.
- Strang, H.: *Erscheinungsformen der Sozialhilfebedürftigkeit. Beitrag zur Geschichte, Theorie und empirischen Analyse der Armut*. Stuttgart 1970.
- Transfer-Enquête-Kommission: *Das Transfersystem in der Bundesrepublik Deutschland*. Stuttgart 1981.
- von Winter, T.: *Interessenlagen und Interessenvermittlung in der Sozialpolitik*. In: Soziale Welt 41, 1990, S. 322–345.